Germ. g.
251

<36622891240015 S
<36622891240015
Bayer. Staatsbibliothek

Germ. gen 251
Lapide

preis R

Der deutsche Fürstenbund nach den Forderungen des neunzehnten Jahrhunderts.

Ein Mittel zur Erhaltung Deutschlands und vielleicht des Gleichgewichts von Europa.

Von

Hieronimus a Lapide dem Jüngern.

Leipzig und Gera,
in der Heinsiusschen Buchhandlung,
1804.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Der 9te März 1801, an welchem der Friede zu Lüneville unterzeichnet wurde, und der 8te Oct. 1802, wo Frankreich und Rußland den Plan zur Entschädigung der deutschen, auch zweier anderer, auf Deutschland angewiesenen, Fürsten dictirten; diese beiden in der neuesten Geschichte so merkwürdigen Tage waren es, welche der bis dahin bestandenen deutschen Reichsverfassung den letzten Todesstreich gaben, nachdem schon frühere Ereigniße ihre Auflösung allmählig vorbereitet hatten. Alle Politiker sind hierin einverstanden, und die meisten glauben nun Deutschland der Willkühr der vier großen Landmächte Europens hingegeben. Drei derselben, Frankreich, Oester-

reich und Preußen dehnen ihre Macht furchtbar an drei verschiedenen Gränzen des fast offen stehenden, durch seine Zerstückelung in eine Menge größerer und kleinerer Staaten getheilten, und dadurch geschwächten Deutschlands aus, dessen Lage deshalb noch bedenklicher wird, weil in mehrern seiner Kreise schon jetzt einer jener gefürchteten Nachbarn ansehnliche Besitzungen hat.

Ehe ich weiter fortfahre, glaube ich sagen zu müssen, was ich eigentlich unter Deutschland verstehe. Im weitern Sinne begreift dieses Wort allerdings auch alle diejenigen Theile unter sich, welche Provinzen ausländischer Monarchieen ausmachen, im engern trenne ich aber davon die Besitzungen Oesterreichs, Preußens, Dänemarks und Schwedens, jedoch nicht Englands, weil dessen König selbst seine deutschen Besitzungen nicht als einen integrirenden Theil des brittischens Reiches

betrachtet, und einer innigern Verbindung derselben mit den übrigen deutschen Fürsten wahrscheinlich nicht abgeneigt sein möchte: dieses Deutschland im engern Sinne ist es, womit ich mich zunächst in dieser Schrift beschäftige.

Mich dünkt, es ist nichts weniger als Furchtsamkeit, von mehrern Seiten Gefahr für dasselbe zu besorgen. Einem Angriffe von Frankreich steht es so gut als völlig offen, wogegen dieses ihm nicht nur eine mehr als dreimal größere, dabei auch ungetheilte, folglich an sich wirksamere Macht entgegen stellt, sondern auch seine Gränzen durch eine Reihe bedeutender Festungen geschützt hat. Ihm ist also ein Angriff so leicht, als ein guter Erfolg desselben wahrscheinlich, und man wird bei günstiger Gelegenheit um so eher einen Anfall von dieser Seite befürchten müssen, da Frankreich schon seit Jahrhunderten den Zweck,

auf Kosten unsres Vaterlandes sich zu vergrössern, mit Glück verfolgte, das ihm vorzüglich in unsern Tagen höchst gewogen war. Weitläufiger hierüber zu werden, würde unnöthig sein, weil in den letzten Jahren schon so viel über Frankreichs Uebermacht geschrieben worden ist. Zwar ist diese vielleicht nicht so entschieden, als sie Manchem scheint, doch wäre es Verschwendung des beschränkten Raumes dieser Blätter, die Gründe für diese Hypothese hier aufzustellen, weil dieß bereits in einer Schrift geschehen ist, auf die ich meine Leser der Kürze wegen verweise *).

Deutschland hat jedoch nicht nur von dieser Seite zu fürchten, sondern auch von zweien seiner eigenen Mitstände, welche gegenwärtig schon von dem Umfange, den Frankreich, dem

*) Hängt Deutschlands und Europens Schicksal von Frankreichs Willkühr ab? Ein Versuch von G. H. Heinse. 8. 1803.

einst um so vieles größern alten Deutschland übrig ließ, nach und nach weit über die Hälfte an sich gebracht haben. Auch den Rest unter sich zu theilen, könnte ihnen nicht schwer werden, wenn sie einverstanden handelten, und von den übrigen Mächten Europens in der Ausführung ihres Planes nicht gehindert würden.

Außer diesen nicht unwahrscheinlichen Gefahren in der Nähe, sehen manche Patrioten noch eine dritte aus der Ferne drohen.

Es ist noch nicht viel über ein Jahrhundert, wo Rußland für Deutschland kaum ein näheres politisches Interesse hatte, als Persien oder Indien; allein seit Peter der Große seinen Staat umschuf, und aus dem Norden, wo seine Väter fast unbemerkt herrschten, mit Riesenkraft hervor gieng, hat Rußlands Macht sich so schnell und gewaltig fortgewälzt, daß zwischen seinen und unsres Vaterlandes Gränzen nur noch ein Stück des vormaligen Po-

lens liegt. Wohl sind noch nicht die Russen unsere Nachbarn, doch hat ihr Beherrscher schon jetzt weit größern Einfluß auf Deutschlands Angelegenheiten, als verschiedene Staaten, deren Regenten Mitstände des deutschen Reichs sind. Katharine II. gründete diesen Einfluß fest, als durch ihre Politik Rußland, Mitgarant des westphälischen Friedens wurde, und er zeigte sich in seiner ganzen Kraft, da Rußland unlängst, statt den Entschädigungsplan der niedergesetzten Reichsdeputation zu überlassen, solchen in Verbindung mit Frankreich vorschrieb. Diese Machtäußerungen Rußlands, seine schnellen und weiten Vergrößerungen nach Westen, Süden und Osten, und das Zunehmen seiner ältern eigenthümlichen Macht durch fortschreitende Cultur und Industrie, haben einen, vor noch nicht langer Zeit, der europäischen Politik fast fremden Staat zu einem Riesenstaat empor gehoben,

dessen Einfluß jetzt in allen Kabinettern so wirksam ist, und dessen ungeheure Macht andere Staaten mit gerechten Besorgnissen erfüllt. Von ihm möchte jedoch Deutschland, meines Bedünkens, in den nächsten Generationen, zum mindesten unmittelbar, wenig zu besorgen haben.

Das schnelle Emporsteigen Rußlands und Frankreichs über alle andere Mächte hat die Idee einer Universalmonarchie, welche schon so oft die Kabinetter, wie die Politiker beschäftigte, von neuem in Umlauf gebracht. Man glaubt, Frankreich würde von der einen, Rußland von der andern Seite eine Universalmonarchie gründen, und ein besorgter Engländer sieht schon, die einst so weit von einander entfernten Franzosen und Russen miteinander um den Besitz des Bosphorus und der Uebermacht kämpfen. Niemand wird die Möglichkeit, daß ein solcher Fall einmal ein-

treten könne, bezweifeln, doch findet wohl jeder Unpartheiische die Wahrscheinlichkeit für und wider gleich groß.

Bis hieher dehnte zwar Rußland seine Eroberungen mehr in Europa als in Asien aus, doch hieraus läßt sich für die Folge nicht dasselbe vermuthen. Zuerst mußte Rußland darauf bedacht sein, sich in Besitz mehr cultivirter Länder zu setzen, um durch die Verbindung mit denselben seine ältern Besitzungen ebenfalls zu mehrerer Cultur zu bringen, welche durch nähere Verbindung mit Barbaren von selbst in den Zustand der Barbarei zurückgesunken sein würden, aus welchem der Geist Peters des Großen sie hervorzuziehen begann. Darum richtete Rußland sein Augenmerk zunächst auf Polen, besonders auch, weil dieses, durch innern Zwiespalt getheilte Reich eine eben so leichte Eroberung war, als jede, die Rußland, von zwey andern Punk-

ten seiner Gränzen aus, hätte machen können. In dem Plane des weisen Fürsten, dessen väterlich milde Herrschaft gegenwärtig Rußland beglückt, liegt es wohl überhaupt nicht, Eroberungen machen zu wollen, vielmehr scheint er zunächst darauf zu gehen, die Kräfte des ohnehin schon so großen Staates durch Cultur der Bewohner desselben zu verstärken; wenn aber dereinst wieder einmal ein Eroberer Rußlands Thron besteigen, und von der Türkei nichts mehr der Mühe werthes zu erobern übrig sein sollte, so würde er höchst wahrscheinlich seine Heere eher gegen Persien führen, als gegen Preußen oder Oesterreich. Dort wäre der Erfolg beinahe augenscheinlich gewiß, hier sehr ungewiß, weil keiner dieser beiden Staaten, aus Sorgfalt für eigene Sicherheit, den andern gleichgültig Rußlands Beute würde werden sehen. In dieser Hinsicht an gleiches Interesse gebunden, würden

Oesterreich und Preußen fester und dauerhafter sich vereinigen, als es sich gegen Frankreich jemals vermuthen läßt, weil sie beide, vermöge ihrer örtlichen Lage, von Frankreich weniger bedroht werden. Ob nicht dereinst, wenn Rußland seine Macht über einige der schönsten Theile Asiens ausgebreitet, Ländern, welche vormals unter die vornehmsten Staaten gehörten, ihren ältern Flor wiedergegeben, ja sie selbst, dem Geiste der Zeit gemäß, zu höherem gebracht hätte, ob dann nicht zu besorgen wäre, daß neue Völkerwanderungen aus Asien Europa umgestalten würden; dies weitläuftiger zu untersuchen, liegt außer dem beschränkten Plane dieser Blätter. Ich bemerke daher nur, daß ein solches Ereigniß nicht mehr oder minder wahrscheinlich ist, als daß Rußland dann, nach einer so ungeheuern erlangten Ausdehnung, leicht in seinem Innern erschüttert und in mehrere Staaten auf-

gelöst werden könnte, wie dieses das Schicksal schon mehrerer Staaten von einem allzugroßen Umfange und einer angemessenen Bevölkerung war. Ein solches Schicksal könnte vielleicht auch Rußland treffen, wenn einst dessen entferntere Provinzen einen höhern Grad von Bevölkerung und Cultur erlangt haben. Aus der Geschichte wissen wir, um nur ein Beispiel anzuführen, daß Spaniens ganze, damals so große Macht nicht hinreichte, die kleine Schaar der unzufriedenen Niederländer wieder unter seine Botmäßigkeit zu bringen, und Rußlands eigene neuere Geschichte zeigt, daß diesen Staat, ungeachtet seiner ungeheuern Macht, Erschütterungen treffen können. Wer erinnert sich nicht noch der Rebellion des Abenteurers Pugatscheff!

Spätere, selbst russische Nachrichten versichern, daß sie viel gefährlicher gewesen sei, als man sie anfänglich nur nach einseitigen

Zeitungsnachrichten glaubte; und wer würde zweifeln, daß sie höchst wahrscheinlich noch gefährlicher geworden sein würde, hätte nicht Pugatscheff seine Rolle auf einem so menschenleeren Schauplatze gespielt. Auch wäre es möglich, daß, wenn Rußland seine Gränzen noch weiter beträchtlich ausdehnte, ein Beherrscher desselben vielleicht selbst das Reich wegen seines allzugroßen Umfanges theilte. Mehrere haben ja schon der großen und so unternehmenden Katharina die Absicht beigemessen, Constantinopel zu erobern, um für ihren zweiten Enkel einen Kaiserthron zu gründen. Sollte vielleicht einmal das russische Kabinett zu dieser Idee zurück kommen: so würden die Mächte Europens nicht gleichgültig dabei bleiben, indeß glaube ich, daß, wenn auch die Ausführung desselben gelänge, Deutschland deshalb von Rußland nicht mehr zu fürchten hätte, und daß es überhaupt zum Theile, noch

auf längere Zeiten hinaus, eher von ihm zu hoffen als zu fürchten hat.

Schon aus Politik würde Rußland die Vergrößerung anderer Mächte auf Deutschlands Kosten zu verhindern suchen; außer derselben tritt aber noch dabei ein persönliches und freundschaftliches Interesse ein, von dessen Lebhaftigkeit die Art der Entschädigung einiger mit Rußland verwandten deutschen Fürstenhäuser laut sprechende Beweise gegeben hat. Jeder deutsche Patriot möchte deshalb wünschen, daß unser Vaterland schon vor dem letzten französischen Kriege so wenig geistliche Fürsten gehabt haben möchte, wie gegenwärtig. Durch den Frieden von Lüneville hat sich Frankreich zum Theil auch auf Kosten verschiedener deutscher Erbfürsten vergrößert, zu deren Schutze Rußland wohl nöthigen Falles seine ganze Macht verwendet haben würde, wenn sich nicht leichtere Mittel

zum Ersatze und selbst zum stärkern Ersatze dargeboten hätten. Der so mächtige Einfluß Rußlands auf Deutschlands Angelegenheiten hat sich bei dem Entschädigungswesen für einige Fürsten günstig, für andere nachtheilig gezeigt, und es lassen sich Fälle denken, daß Rußland vielleicht auch in der Folge den erlangten großen Einfluß benutzen könnte, für die Vergrößerung solcher Reichsstände, mit welchen es in nähern Beziehungen steht, zu handeln; gesetzt auch, daß es auf Kosten anderer geschähe, welche für den russischen Monarchen kein persönliches Interesse hätten; und politisches Interesse kann für den Selbstherrscher aller-Reußen kein einzelner mittlerer oder kleinerer Reichsstand Deutschlands haben. Von der Gerechtigkeitsliebe eines Alexanders sind zwar keine Eingriffe in Rechte zu besorgen, welche er selbst garantirt hat; allein nicht jeder Monarch hört die Stimme

jener

jener so schönen menschlichen Eigenschaft, wenn andere Rücksichten lauter zu ihm sprechen.

Alle die mannichfaltigen und großen Unfälle, welche seit Jahrhunderten das gemeinsame Deutschland trafen, kamen unstreitig zunächst daher, daß Deutschlands Fürsten sich nie zu einer festen innigen Verbindung unter sich vereinigten, sondern mehr oder minder unter dem Einflusse fremder Mächte oder übermächtiger Mitstände standen. Jeder Staat aber verliert um so viel mehr an eigenthümlicher Kraft, jemehr er andern Einfluß verstattet; und Deutschland wird nie wieder eigenthümliche Kraft erlangen, so lange es sich nicht in eine Lage setzt, wo es fremden Einfluß entbehren oder ihn auch erforderlichen Falles mit einigem Nachdrucke ablehnen kann. Wäre unser Vaterland noch in der Vollkraft, in welcher es vor einigen Jahrhunderten dastand, eng in sich und unter sich verbünden

gewesen, hätte es seine Verbindung nach dem Geiste und den Umständen der Zeit modificirt; es würde Europa Gesetze haben vorschreiben können, so wie es jetzt von dem auf Deutschlands Trümmern emporgestiegenen Riesen, Frankreich, geschieht. Zu der Höhe, zu welcher Deutschland einst in andern Verhältnissen sich hätte erheben können, darf es jetzt noch kaum aufblicken, indeß glaube ich doch, daß es noch nicht so tief herabgesunken ist, um sich nicht wieder zur Selbständigkeit zu erheben, ja so gar in eine Lage zu kommen, fremden Einfluß von sich abzulehnen, wenn es sieht, daß er ihm nachtheilig werden könnte. Schon haben Mehrere dieselbe Meinung öffentlich geäußert, doch alle unter der Voraussetzung, daß Deutschland in seiner so sehr aufgelösten Verfassung sehr große und wesentliche Veränderungen vornehmen müsse. Ich will zuerst etliche zu diesem Zwecke gemachte Vorschläge

in der Kürze mittheilen, ihnen einige Erläuterungen beifügen, und dann meine eigene Meinung zur Prüfung darlegen.

Ehe noch Rußlands Alexander gemeinschaftlich mit Frankreichs erstem Consul, den gordischen Knoten des deutschen Entschädigungswesens, im Geiste seines macedonischen Namensverwandten, auflöste, gab das 12te Heft des Häberlinischen Staatsarchives einen Vorschlag zu einer Veränderung der deutschen Staatsconstitution. Nach demselben „soll der deutsche Staatskörper noch, außer den zwei mächtigern Ständen Oestreich und Brandenburg, aus Baiern, Sachsen, Braunschweig-Lüneburg, Mecklenburg, Baden, Hessen-Darmstadt, Hessen-Cassel, Braunschweig-Wolfenbüttel und Anhalt bestehen. Diese Fürsten allein wären active Bürger des Reichs, wählten den Kaiser, und hätten auf dem Reichstage Sitz und

Stimme. Die übrigen Fürstenthümer, Grafschaften, Städte würden verhältnißmäßig durch Arrondirung unter sie vertheilt, die Geistlichen aber alle säcularisirt. Jedoch sollten Oesterreich und Preußen, außer der Entschädigung im strengen Sinne, keinen weitern Zuwachs erhalten. Die untergeordneten Stände (Reichsgenossen) behielten ihre bisherige Verfassung; nur müßten sie jenen das jus armorum et collectandi im Fall eines Reichskrieges lassen, auch die Appellationsinstanz ihrer Regierungen anerkennen. Ein höchstes Gericht entschiede die Streitigkeiten der Reichsfürsten und Reichsgenossen. Jene müßten außer dem allgemeinen Verband noch durch einen besondern Verein, mit einander verknüpft sein, dem aber weder Oestreich noch Preußen beitreten dürften, außer wenn besondere Umstände den temporären Beitritt derselben zweckmäßig machten."

Man sieht, daß der Verfasser mit Deutschlands alter Constitution weniger schonend verfahren ist, als die Mächte, durch welche sie in unsern Tagen umgestaltet wurde. Er beraubt alle kleinere Stände der Reichsunmittelbarkeit, welche doch mit dem von ihm vorgeschlagenen Verein recht wohl bestehen könnte, geht auch bei der Schöpfung der neuen Churwürden so willkührlich zu Werke, daß sich kein hinreichender Grund finden läßt, warum er eben dieses oder jenes Fürstenhaus vorschlägt. Man weiß nicht, weshalb er einer nassauischen Linie den churfürstlichen Rang ertheilt, indeß er die andern aufopfert, oder warum unter allen mittlern Fürstenhäusern Anhalt das einzige glückliche ist, welches erhalten werden soll, da doch wohl einige andere, sowohl in Betreff des Alters ihres Geschlechtes, als der Beträchtlichkeit ihrer Besitzungen gleiche Ansprüche hierauf hätten,

wie zum Beispiele der Herzog von Oldenburg.

Eine besonders gedruckte Zugabe zu dem oben angeführten Vorschlage (8. 1801.) enthält einiges Gute, indeß möchte durch die Ausführung des darin vorgelegten Planes Deutschland nicht viel mehr Festigkeit gewinnen, noch weniger dadurch so weit kommen, künftig einen Staat zu bilden, welcher sich bei den Nachbarn, vermittelst seiner Macht, ein etwas bedeutendes Ansehen zu geben vermöchte. Nach dem Verfasser dieser Schrift „soll das Reich nur besser nach seiner Kreisverfassung organisirt werden, und in der Zukunft aus sieben Kreisen bestehen; 1) dem österreichischen, 2) dem baierischen, 3) dem schwäbischen, 4) dem rheinischen, 5) dem westphälischen, 6) dem brandenburgischen, 7) dem sächsischen. Der fränkische würde unter den baierischen, rheinischen und schwäbischen ver-

theilt, eben so der niedersächsische unter den westphälischen und brandenburgischen, welcher erste dagegen alle churbrandenburgische Besitzungen abgeben, dafür aber Vorpommern und das Eichsfeld erhalten sollte. Hierauf thut der Verfasser folgende Vorschläge: zur bessern Anordnung der Kreisdirectoren; zu einer genauen Verbindung der (nächst dem österreichischen und brandenburgischen, übrig bleibenden 5 Kreise, zu einer ganz neuen Kreismilitärverfassung, wobei mit Aufhebung der bisherigen Contingente in natura, die mächtigern Kreisstände die Stellung der Mannschaft allein übernehmen, und solcher Gestalt jeder der verbundenen 5 Kreise, in Friedenszeiten 8 bis 10000 Mann auf den Beinen halten, auch im Nothfall geschwind vermehren könnte; endlich zu einer hierdurch zu bewirkenden bewaffneten Neutralität, mit dem unabänderlichen Gesetz, daß die fünf

verbundenen Kreise an den Kriegen, welche zwischen Oesterreich und Brandenburg, oder zwischen diesen und auswärtigen Staaten entständen, nie einigen Antheil nehmen sollten."

Jeder Deutsche, welcher nicht für einen besondern Staat seines Vaterlandes Partei nimmt, wird wünschen, daß das System einer bewaffneten Neutralität einst zu Stande kommen möchte, da, eintretende mögliche glückliche Fälle abgerechnet, Deutschland nur von genauer Befolgung desselben seine künftige Erhaltung hoffen darf. Durch ein stehendes Heer von nicht mehr als 40 oder 50000 Mann möchte indeß eine bewaffnete Neutralität weder zu erlangen noch zu behaupten sein, weil eine solche Macht viel zu unbedeutend wäre, feindliche Angriffe zurückzuschrecken, oder sie abzuwehren, im Fall sie wirklich erfolgten.

Indeß würde auch die Zahl der Kreistruppen leicht und ohne Nachtheil weit höher gebracht werden können, da die Stände jedes Kreises schon jetzt viel mehr halten, als der Verfasser überhaupt vorschlägt, und zum Beispiel in dem sächsischen Kreise allein ungefähr eben so viele Truppen auf den Beinen sind, als hier für den ganzen Bestand der Reichsarmee angenommen worden.

Verwickelter ist die Constitution, welche der ungenannte Verfasser nachstehenden Buches vorschlägt: Die deutsche Reichsverfassung seit dem Lüneviller Frieden, in Hinsicht auf ihre Form und ihre Natur betrachtet. Deutschland 1803. 8. Ihre Hauptzüge sind folgende: „Da es in Deutschland dreierlei Reichslande giebt, souveraine (oder solche, welche mit souverainen Monarchieen vereinigt sind, nehmlich mit Ungarn, Preußen,

England, Dännemark und Schweden), freie Reichsstaaten (oder solche Staaten, die durch ihre Macht souverainen Monarchieen ähnlich sind, als Pfalzbaiern, Sachsen, Mecklenburg, Hessen, Wirtemberg, Baden, Nassau, der Erzkanzler), gemeine Reichslande (die sowohl durch die Reichsverfassung, als durch die Kleinheit der Macht beschränkt sind), so sollten die souverainen Reichsstaaten eine beständige Allianz, die freien Reichsstaaten einen Staatenbund, unter der Leitung eines dirigirenden Fürsten, mit einander schließen, die gemeinen Reichslande aber ein freies Reich, bestehend aus 4 Kreisen, Schwaben, Franken, Westphalen und Niedersachsen, unter der Direction mächtiger Fürsten bilden."

Ein solcher Bund würde freilich Deutschland auf eine Stufe von Macht und Größe emporheben, von welcher herab es seinen

Nachbarn Gesetze vorschreiben könnte, sobald es nur möglich wäre, der Verbindung Festigkeit und Dauer zu geben; diese lassen sich aber, meines Ermessens, nicht denken.

Außer zwischen Frankreich und England herrscht vielleicht unter allen Staaten nur zwischen Oesterreich und Preußen eine so entschiedene Nationalabneigung und gegenseitige beständige Spannung, welche zur nothwendigen Folge haben, daß die Politik dieser beiden Höfe fast unaufhörlich collidirt und contrastirt. Dies macht eine feste und nähere Verbindung unter ihnen so schwer, daß man sie beinahe für unmöglich halten möchte, und die Begegnisse unserer Zeit sprechen für diese Vermuthung. Die französische Revolution veranlaßte, daß die Politik jener beiden Höfe sich einmal begegnete. Zum ersten male traten sie, in Pillnitz, in ein Bündniß zusammen; zum erstenmale fochten Krieger, die sich noch nie

anders, wie als Feinde, gesehen hatten, neben einander für einen gemeinschaftlichen Zweck; doch die ältern, nie vergessenen oder nur völlig bei Seite gesetzten Beziehungen erschlafften das Erstaunen erregende Band noch in der Dauer des ersten Feldzuges, die alte Politik äußerte ihren Einfluß, und Preußen trat schon im vierten Jahre ab, so fern auch noch das Ende des Kampfes war, welchen es gemeinschaftlich mit Oesterreich hatte auskämpfen wollen. Zwischen zwei rivalisirenden und gegenseitig so eifersüchtigen Mächten, möchte ein neuer Versuch eines Bündnisses nicht besser gelingen, außer vielleicht dann, wenn wahres gemeinschaftliches Interesse und Sorgfalt für Selbsterhaltung sie einmal nöthigen sollte, ihre Kräfte zu vereinigen gegen mögliche Versuche Rußlands, auf ihre Kosten sich zu vergrößern.

Der Beitritt Englands zum deutschen Staatenbunde könnte leicht unserm Vaterlande mehr schaden als nützen. Es läßt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit vermuthen, daß England gegenwärtig noch nicht den letzten Krieg mit Frankreich führt, wenn schon Mehrere des Dafürhaltens sind, eine Landung der Franzosen würde England mit einem male außer Stand setzen, gegen ein Volk, mit welchem es sich seit Jahrhunderten so oft schlug, noch ferner etwas zu unternehmen. Es ist hier nicht der Ort, diesen Gegenstand weiter zu discutiren, was auch um so weniger nöthig scheint, da hoffentlich die meisten Leser mit uns der Meinung sind, daß auch bei der gelungensten Landung, Englands völliger Umsturz noch immer sehr zweifelhaft ist, weil andere Mächte ihm schwerlich mit Gleichgültigkeit zusehen möchten, um nicht ein nöthiges Gegengewicht gegen das übermächtige Frank-

reich zu verlieren. England und Frankreich werden also vermuthlich noch mehrmals mit einander auf dem Kampfplatz erscheinen, und Deutschland, das schon so oft mit in ihre Kriege verwickelt wurde, würde Theilnahme an den künftigen Kriegen, noch weniger zu vermeiden vermögen, wenn der König der Britten als solcher, sein Alliirter wäre.

Von Schweden und Dänemark konnte sich Deutschland wenig Schutz versprechen, und so bliebe es wohl sich allein überlassen, doch immer noch fähig, in der Reihe der Staaten keine ganz unbedeutende Rolle zu spielen, so bald es nur den ernsten Willen hätte, seine getheilten und zerstreuten Kräfte fest zu vereinigen. Der Verfasser der erwähnten Schrift schlägt für die größern, wie für die kleinern Staaten, einen besondern Verein vor, welcher aber für beide weniger nützlich sein möchte, als ein gemeinsames Band. Die größern ent-

behrten dabei des Gewichtes, das ihnen durch den Beitritt der kleinern zugelegt werden könnte; und die kleinern würden in einer Verbindung unter sich allein nicht viel sicherer wie gegenwärtig sein, selbst dann, wenn ein mächtiger Fürst an ihrer Spitze stände. Wie vermöchte dieser seinen, durch ganz Deutschland zerstreuten Schützlingen jederzeit schnell genug Schutz angedeihen zu lassen; und wenn er es auch könnte, in welche unabläßige Streitigkeiten würde er dadurch mit ihren Nachbarn gerathen! Die kleinen, auf diese Art verbundenen Stände, würden sich in einer Abhängigkeit von ihrem mächtigern Beschützer befinden, welcher sie zu nicht vielmehr als zu Vasallen desselben machte. Vortheilhafter für alle scheint ein Bund, an welchem alle Stände des deutschen Reichs Theil nähmen, in dessen Constitution einer für alle und alle für einen zu handeln versprächen, und alle sich gegensei=

tig den ungestörten Besitz ihrer Lande, Rechte und Freiheiten versicherten. Einen solchen Bund, wie sich ihn ein ächt Deutscher, von keiner Parteiliebe bestochener Patriotismus denkt, nach seinen Grundzügen darzustellen, ist der Zweck dieser Schrift.

Ein allgemeines Bündniß aller Reichsstände ist, meines Ermessens, als unmöglich zu betrachten. In Betreff des Beitrittes Oesterreichs und Preußens finden dieselben Hindernisse statt, welche sich einem dauerhaften Bündnisse unter ihnen allein entgegenstellen, und die Theilnahme eines dieser mächtigsten deutschen Fürsten allein würde das Zustandekommen des ganzen Bundes erschweren, könnte auch die Dauer desselben gefährden. Ich werde hievon weiter unten noch einmal ausführlicher sprechen, und nehme jetzt, um nicht zu unterbrechen, einstweilen als zugestanden an, daß es besser sei, wenn Deutschlands beide

mächtig=

mächtigste Fürsten an dem Bunde nicht Theil nähmen.

Ich habe schon zu Anfange dieser Schrift gesagt, daß ich mich darin zunächst mit Deutschland in engerer Bedeutung beschäftige, und davon auch dasjenige, was Dänemark und Schweden besitzen, getrennt denke. Vielleicht würden diese beiden Staaten einem Bunde der deutschen Fürsten nicht ungern beitreten; Deutschland könnte aber dabei mehr verlieren als gewinnen, weil jene beiden Staaten zusammen weniger mächtig sind als Deutschland vereint gedacht, und dieses durch eine Verbindung mit ihnen in Kriege, in entfernten Gegenden, verwickelt werden könnte, deren Ursache nicht einmal näheres Interesse für dasselbe hätte. Auch möchte durch Dänemarks und Schwedens Beitritt die Möglichkeit einer bewaffneten Neutralität erschweret werden; denn diese beiden Reiche vermögen solche im

allgemeinen nur so lange zu behaupten, als Rußlands Uebermacht es ihnen verstattet. Wollten beide dem deutschen Bunde nur in der Separateigenschaft als Mitstände beitreten: so würden dadurch zwar die wahrscheinlichen Gefahren für Deutschland vermindert; allein jene Separation der Eigenschaften in denselben Personen könnte manche unangenehme Schwierigkeiten und Collisionen verursachen, die der Gewinn eines Machtzuwachses von ungefähr 400000 Seelen schwerlich aufwöge.

Es blieben demnach als Theilnehmer an dem deutschen Bunde nur diejenigen Staaten und Stände, welche nebenstehende Tabelle enthält, bei deren Verfertigung ich die neuesten statistischen Angaben benutzt habe.

	□Meilen	Volkszahl.
Baden = =	102½	309,000
Braunschweig (Chur=)	629¾	1,017,000
— — (Herzogthum)	96	189,000
Breisgau = =	51	112,000
Erz=Kanzler =	24½	82,000
Hessen=Cassel = =	262	470,000
Hessen=Darmstadt	177	389,000
Mecklenburg =	286	512,000
Die Nassauischen Häuser	178¾	429,268
Oldenburg = =	103¾	177,000
Pfalz=Baiern =	1,190¾	2,357,792
Sachsen (Chur=)	720	2,000,000
— — (Herzogliche Häuser)	154	404,000
Würtemberg = =	201¾	703,000
Die sechs Reichsstädte	50½	370,000
Die Reichsritterschaft	173	414,500
Die kleinern Fürsten und Grafen = =	704½	1,245,984
	5,105¾	10,981,544

Ehe ich weiter fortfahre, glaube ich noch einige Erläuterungen geben zu müssen, warum ich diese Tabelle eben so und nicht anders abfaßte. Chur-Braunschweig nahm ich mit auf, ob es gleich Besitzthum eines auswärtigen Monarchen ist. Die im gegenwärtigen Kriege gemachte Erfahrung, daß es in jedem folgenden in Frankreichs Willkühr stehen wird, sich der deutschen Lande des Königs von England zu bemeistern, diese mit so großem Verluste gemachte Erfahrung läßt vermuthen, daß Hannover mit England in andere Verhältnisse treten wird, wenn es sich auch nicht, wie schon Einige versichern wollen, gänzlich von ihm trennt. Bei dem unglücklichsten Ausgange des jetzigen Krieges, selbst dann, wenn die Franzosen England, als solchem, einen Frieden ganz nach ihrem Willen sollten vorschreiben können, würde Hannover doch wohl auf keinen Fall französisches Eigenthum wer=

den, theils weil dadurch die Rechte eines Fürsten gekränkt würden, welcher die nächsten Ansprüche auf die Lande der Hauptlinie seines Hauses hat, und der thätigsten Verwendung Preußens für die Erhaltung dieser Rechte versichert sein kann; theils auch, weil alle Mächte und selbst Rußland der Vergrößerung der Franzosen im Norden Deutschlands sich entgegensetzen würden.

Ob dann die hannöverischen Lande in ihrem ganzen gegenwärtigen Umfange an einen Fürsten kommen, oder ob vielleicht noch für etliche andere Theile davon abgeschnitten würden, dies ist eine Frage, welche wahrscheinlich auch der keckste Prophet nicht wird beantworten wollen, doch läßt sich wohl mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit voraussehen, daß Hannover nur unter die Herrschaft solcher Fürsten kommen würde, die ich als Mitglieder des deutschen Bundes angenommen habe. Jetzt möch-

te indeß immer noch das Wahrscheinlichste sein, daß es Eigenthum des Fürstenhauses bleibt, dessen ältester Prinz den brittischen Thron besitzt. Begünstigt das Kriegsglück nicht eine der Parteien vorzüglich! so wird England von Frankreich und seinen Alliirten genug außereuropäische Besitzungen erobern, um dafür bei dem Frieden seine deutschen wieder eintauschen zu können; sollte aber das Glück Frankreich günstiger als England sein: so kann dies zu Erlangung eines bessern Friedens auf die Verwendung der Mächte hoffen, welchen sein Fall nicht ganz gleichgültig sein könnte, weil dann Frankreich auch zur See das Uebergewicht erlangen würde, das es zu Lande bereits besitzt. Auch dann hätte es noch Hoffnung, Hannover zurück zu bekommen; doch würde nun vermuthlich England sowohl, als Hannover auf Mittel denken, wie sie, wenn auch in einiger Verbindung bleibend,

doch zugleich in gewisser Rücksicht getrennt sein könnten, weil außerdem Hannover in jedem Kriege Besitznahme von Frankreich, England dagegen zu besorgen hätte, daß es von seinem Nebenbuhler seit Jahrhunderten auch in dem glücklichsten Kriege zur See kaum so viel würde zu erobern vermögen, als zur Wiedereinlösung Hannovers erforderlich wäre. Ein solches Verhältniß einer Trennung und zugleich fortbestehender Verbindung läßt sich zwar nicht vorzeichnen, doch wohl denken. So könnte zum Beispiele Hannover Eigenthum einer zweiten Linie des deutschen Fürstenhauses werden, das sich auf den brittischen Thron schwang, oder die Einkünfte desselben könnten zur Appanage für die jüngern Brüder des jedesmaligen Prinzen von Wallis verwendet werden. Würde eine von diesen oder eine andere schickliche Einrichtung von den Garants der deutschen Reichsverfassung anerkannt und

bestätigt: so könnte Hannover nichts abhalten, dem deutschen Bunde beizutreten, wodurch es gegen die Gefahren neuer Angriffe von Seiten Frankreichs noch mehr Schutz bekäme.

Daß derjenige Nebenzweig des Hauses Oesterreich, welcher gegenwärtig den Breisgau und Ortenau besitzt, auf der gelieferten statistischen Tabelle sich befindet, der Churfürst von Salzburg aber nicht, hat folgende Gründe, welche hoffentlich die mehresten meiner Leser gelten lassen werden. Der Churfürst von Salzburg gränzt, Eichstädt ausgenommen, mit seinen Ländern unmittelbar an Oesterreich, das ihm seinen Schutz nie verweigern wird. Eine genaue Verbindung mit der Hauptlinie seines Hauses kann ihm gleichwohl nur wenig der Gefahr aussetzen, an deren Kriegen Theil nehmen zu müssen, weil dies nur dann der Fall sein möchte, wenn Oesterreich auf seinen

nach Baiern zu gelegenen Gränzen angegriffen würde. Anders ist es mit dem Besitzer des Breisgau. Zwar würde ihm auch wohl nie Oesterreichs Schutz versagt werden, für ihn ist er aber weniger ausreichend als für Salzburg, nicht nur weil sein Land einen der äußersten Punkte der Gränze gegen Frankreich ausmacht, sondern auch weil er nahe Hülfe nur aus den vorderösterreichischen Landen erwarten kann, und die Erhaltung dieser Lande könnte in manchen Fällen Oesterreich selbst schwer werden, weil sie von seinen übrigen Besitzungen abgeschnitten und zu weit entfernt sind, um sie von dem Mittelpunkte seiner Macht aus jederzeit schnell genug mit dem erforderlichen Nachdrucke unterstützen zu können, weshalb auch neuerlich mit Baiern Unterhandlungen angefangen worden sind, welche den Austausch derselben zum Zwecke haben.

Die noch übrig gebliebenen Reichsstädte habe ich als Theilnehmer an dem deutschen Bunde aufgeführt, ob ich schon sehr wohl weiß, daß ihnen für alle künftige Kriege mit Frankreich Neutralität zugesichert wurde. Nur zu bald indeß machten sie die Erfahrung, wie wenig Sicherheit ihnen diese Zusage gewähre, und zugleich wie wenig die neuere Politik der Verbindlichkeit gegen geschlossene Verträge achte. Der Deputationsreceß, durch welchen das Entschädigungswesen beendigt, und den Reichsstädten Neutralität zugesprochen und von Frankreich und Rußland garantirt wurde, war kaum ausgefertigt worden, als Frankreich auch schon in die versprochene Neutralität Eingriffe machte. Durch die Sperrung der Elbe und Weser brachte es eine große Störung in den Handel der beiden lebhaftesten Hansestädte, und dieser Handel wurde fast ganz unterbrochen, da England bald nach=

her auch die Mündungen jener beiden Flüße sperrte. Ob England dadurch nicht sich selbst mit schadete, ist hier nicht der Ort zu untersuchen; genug, wenn wir gesehen haben, daß Hamburg, dessen Handel im vorigen Kriege, wo ihm Neutralität noch nicht durch Traktaten zugesichert war, den höchsten Flor erreichte, im gegenwärtigen Kriege über eine gänzliche Stockung des Handels klagen muß, deren lange Dauer den völligen Ruin der Stadt zur Folge haben würde. Bremen ist in gleich trauriger Lage, und die übrigen Reichsstädte können aus diesen Beispielen leicht den Schluß machen, daß sie mit nicht mehr Schonung behandelt werden würden, wenn in einem künftigen Kriege Verletzung ihrer Neutralität Frankreich Vortheile verhieße. Es ist daher kaum zu bezweifeln, daß sie einer so unsichern und schwankenden, obgleich durch förmliche und feierliche Staatsacten bestätigten Neutralität eine be-

waffnete weit vorziehen würden, wenn sich von dieser mit einiger Zuversicht mehr Sicherheit erwarten ließe.

Die Reichsritterschaft habe ich besonders genannt, wenn es auch sehr ungewiß ist, ob diese Reichsgenossen ihre Unmittelbarkeit noch länger behaupten werden, obschon der Kaiser höchst thätig, auch selbst Frankreich, jedoch mit Einschränkung sich dafür verwendet. Sollten sie sich indeß auch genöthigt sehen, die Oberherrlichkeit mächtigerer Reichsstände anzuerkennen: so sind deshalb ihre Besitzungen für den Bund nicht verloren, sondern nur mittelbare Theile größerer Staaten und Länder.

Die deutschen Reichsstände, welche in einem Verein zusammen treten könnten, besitzen also immer noch eine nichtsweniger als unbedeutende Macht, indem die Zahl ihrer Untertbanen die Volksmenge der ganzen preuß-

sischen Monarchie übersteigt. Darum würde freilich ihre Macht nicht auch Preußens Macht übersteigen, weil hier ein in allen seinen Theilen fest verbundener Staat ist; ein aus mehreren Staaten bestehender Bund aber nie so fest vereinigt werden, folglich auch nicht mit so viel Kraft wirken kann. Wollte jedoch Deutschland, außer dem allgemeinen Reichsverbande, noch in eine besondere Föderation zusammen treten: so bildete es immer noch einen so mächtigen Staat, daß die benachbarten es der Mühe werth finden würden, sich um seine Freundschaft zu bewerben.

Fest unter sich verbunden, könnte Deutschland eine Macht von 200000 Mann halten, ohne dabei über seine Kraft zu gehen; denn bei einer Bevölkerung von fast 11 Millionen würde, um ein solches Heer aufzustellen, noch nicht mehr als ungefähr der 55ste Kopf erforderlich sein, statt dessen man jedoch den 54sten

wird annehmen müssen, weil die ganze Bevölkerung etwas weniger als 11 Millionen beträgt, und Brüche hier nicht statt finden können. Dieses Verhältniß, als Norm angenommen, könnte für das Land nicht beschwerlich werden, wie sich aus dem Beispiele Sachsens ergiebt, bei welchem ungefähr das nehmliche Verhältniß statt findet, da es bei einer Bevölkerung von 2 Millionen oder etwas darüber 37 bis 38000 Mann Truppen unterhält. Obschon dieses Heer fast nur aus Landeskindern besteht, ist die Unterhaltung desselben gleichwohl nicht drückend für das Land, wie jeder, der nur etwas näher mit Sachsen bekannt ist, zugestehen wird. Hier findet man weder durch das stehende Heer die dem Ackerbau und den Gewerben nöthigen Arbeiter entzogen, noch sieht man, daß die jährlichen Recrutirungen wesentliche Schwierigkeiten machten. Immer wird die Zahl der neuen

Mannschaft vollständig, obschon viele Hauptleute bei dem sächsischen Heere es sich zur Regel gemacht haben, keine Ausländer unter ihre Compagnie zu nehmen; eine Regel, von welcher sie nur in seltnen Fällen Ausnahme machen. In der preußischen Monarchie ist, wenn man die Bevölkerung zu 9 Millionen und die Kriegsmacht in Friedenszeiten zu 280000 Mann annimmt, der 39ste Mensch Soldat, und das Ausland kann dem preußischen Heere nicht mehr so viel Zuwachs geben wie vormals, weil durch die neue Verfassung Deutschlands die Werbeplätze so sehr vermindert worden sind.

Dies sei genug, dem Einwurfe zu begegnen, daß eine Vermehrung der Kriegsmacht in dem angenommenen Verhältnisse einem Lande nachtheilig werden könne. In mehrern kleinern, auch selbst größern Staaten Deutschlandes findet zwar ein viel geringeres Ver-

hältniß des Militärs zum Civilstande statt, doch wohl sehr oft zu ihrem Nachtheile, wie ich mit berühren werde, wenn ich von der Organisation des deutschen Heeres spreche; bevor dies aber geschieht, wird es nöthig sein, den deutschen Bund selbst näher darzustellen und das Innere und Eigenthümliche desselben zu entwickeln.

Die Geschichte liefert uns schon mehrere Beispiele, daß deutsche Fürsten, ohne sich deshalb von dem Reichsverbande zu trennen, noch einen besondern Bund unter sich schlossen. Die Constitution des Reiches forderte nur, daß solche Bündnisse einzelner Stände nicht dem Ganzen gemacht werden durften. Dieser Beschränkung folgend, bedienten sich die Stände mehrmals eines ihnen zustehenden natürlichen Rechtes. Solche Verbindungen konnten, wie leicht zu erachten, nicht jederzeit den Beifall der Kaiser finden, welche

zuwei-

zuweilen den Vortheil des Reiches mit ihrem persönlichen oder Hausinteresse verwechselten, letzterem auch wohl auf Kosten des erstern zu nützen suchten. Der westphälische Friede, dieses so wichtige Reichsgrundgesetz, gab auch für diesen Fall die nöthigen bestimmten Vorschriften, und demselben gemäß wurde nachher der kaiserlichen Wahlcapitulation ein dahin abzweckender Artickel einverleibt, welcher sich zuerst in der Wahlcapitulation Josephs I. befindet.

Ein allgemeiner Bund der deutschen Reichsstände kam indeß noch nie zu Stande, dagegen brachte die aus der Verschiedenheit der Religion hervorgehende Theilung Spaltungen und eine immer mehr verwickelte Politik hervor. Letztere erhielt noch verschiedenartigere Beziehungen, je mehr deutsche Provinzen Theile auswärtiger Monarchieen wurden, und ihre Theilnahme an

dem allgemeinen Reichsverbande dabei dennoch fortdauerte. Die Reichsstände, wenn sie Gefahr ahneten, schlossen sich nun an die mächtigen Mitstände an, welche zugleich fremde Monarchieen besaßen, auch wohl an das völlig fremde Frankreich, obschon dieses, was es Deutschland entzog, nicht gleich Schweden, als Reichslehn, sondern als Eroberung und ihm unabhängig gehörendes Land nahm. Diese Verbindungen, in welchen einzelne Fürsten Schutz suchten, zum Theil auch fanden, gereichten dem Ganzen zum Verderben, weil sie Deutschland in Parteien theilten, und Deutsche gegen Deutsche bewaffneten. Alle Verbindungen deutscher Fürsten mit mächtigern ausländischen waren, wenn auch zum Theil nützlich, dem Ganzen zuletzt immer schädlich, welches wohl keiner weitläuftigen Beweise aus der Geschichte bedarf, daher es an einigen Fingerzeigen auf die Vergangen-

heit genügt. Die Verbindung des protestantischen Deutschlands mit Schweden erhielt ihm zwar im 30jährigen Kriege Religion und Freiheit, auf der andern Seite kostete sie ihm aber auch eine seiner wichtigsten Provinzen, Pommern, das besonders für den Handel großen Werth hat. Schwedens und Frankreichs Verwendungen bei dem westphälischen Frieden erleichterten und beschleunigten den Gang desselben; allein Deutschland gerieth von dieser Zeit an unter die Vormundschaft auswärtiger Mächte, die es um seine ganze Verfassung brachten; denn sich wieder davon los zu machen, fehlte es ihm an festem Willen und Selbstständigkeit.

Nicht glücklicher waren für unser Vaterland die Verbindungen mit Oesterreich. Theilnahme an den Kriegen dieses Hauses gab Frankreich Gelegenheit, Deutschland mehrere seiner blühendsten Provinzen zu entreißen.

Viel versprach man sich von einem Bunde, zu welchem vor ungefähr 20 Jahren mehrere deutsche Fürsten mit Preußen zusammen traten. Friedrich der Große wurde in seinem Alter der Schöpfer dieses Bundes, um dem durch ihn groß gewordenen Staate mehr Macht zu verschaffen, damit den Gefahren sicherer trotzen zu können, die ihm von Seiten Oesterreichs unter der Herrschaft eines großen und unternehmenden Fürsten drohten. Auch Deutschland besorgte Gefahr von dieser Seite, daher schloß man sich um so leichter an Preußen, und der deutsche Fürstenbund entstand. So wie in Deutschland selbst, bildeten sich jetzt auch unter den politischen Schriftstellern zwei Parteien, wovon die eine den Bund als rechtswidrig gegen Kaiser und Reich darstellte, und darin nur Preußens Absicht, sich zu verstärken und zu vergrößern sah. Eine andere verkündigte dagegen ganz Deutschland Heil da-

von und pries ihn als die Stütze seiner Verfassung. Ohne mich bei den für und wider geäußerten Meinungen lange aufzuhalten, glaube ich doch meinen Lesern einige Stellen aus einer Schrift mittheilen zu müssen, welche die Vermuthung für sich hat, den Geist des Fürstenbundes am richtigsten darzustellen, weil der Verfasser mit Billigung, wahrscheinlich selbst auf Befehl des Stifters schrieb.

„Unter allen gesetzmäßigen Conföderationen der Reichsstände, wird man nicht leicht eine finden, die mehr aus constitutionsmässigen Gründen, und bei dringender auffordernden Zeitumständen geschlossen wäre, als die gegenwärtige. Sicher darf man also auch daurende Festigkeit ihr zutrauen, und Deutschland kann von ihr die wirksamste Aufrechthaltung seiner Verfassung und Fortdauer der allgemeinen Ruhe mit Zuversicht erwarten. Jeder, der diese zu stören versuchte, wird am

deutschen Bunde einen Damm finden, den er zuvörderst gewaltsam überwältigen muß, und dessen Bestand die ersten Mächte von Europa interessirt."

„Von den verbundenen Fürsten selbst hat der Friede von Deutschland nichts zu besorgen. Ihr Zweck ist blos Vertheidigung und Erhaltung des jetzigen Zustandes der Dinge; jeder hat dem andern sein Wort gegeben, fest auf Gerechtigkeit und Ordnung zu halten, mit dem wohl erworbenen Seinem zufrieden zu sein und keinen Eingriff in die Rechte eines Andern, so wie nicht zu dulden, so auch nicht zu wagen. Bedürfte es also noch eines Beweises, daß der königlich preußische Hof keine Vergrößerungsabsichten zum Nachtheil des Reichs habe, so lieferte ihn der deutsche Bund. Umsonst sucht man Mißtrauen gegen diesen Hof zu erwecken, umsonst ihm Absichten anzudichten, die man gern bei ihm sähe.

Wer jedem fremden Angriff zu widerstehen sich verpflichtet, entsagt kräftig dem eignen, wer fremdem Unrecht und Gewalt entgegentritt, bindet sich selbst die Hände zu ähnlicher Unthat."

„Die Geschichte der Vorzeit ist zwar kein Beweis dessen, was die Zukunft enthüllen kann, indeß giebt sie doch zu wahrscheinlichen Vermuthungen Anlaß, daß die meisten Höfe gewißen, in ihrer Lage gegründeten, politischen Grundsätzen, oft Jahrhunderte hindurch zu folgen pflegen. Wenn man hiernach die gewohnte Handlungsart des Churhauses Brandenburg unparteiisch untersucht, so wird man nie Fälle anführen können, wo dasselbe durch Verletzung der Reichsverfassung und der Freiheit seiner Mitstände seine eigene Vergrößerung gesucht hätte. Alle seine Besitzungen im deutschen Reiche sind auf die rechtmäßigste Art erworben, durch Erbrecht angefallen, oder

diesem Hause vom Kaiser und Reich zur Entschädigung für Opfer, die es dem Wohl des Ganzen brachte, zugetheilt worden. Immer hat es die deutsche Verfassung in ihrer vollen Wirksamkeit zu erhalten gesucht, zu allen dahin abzweckenden Reichsschlüssen kräftig mitgewirkt, und in den Kreisen, worin es das Directorium hat, sich die strenge Befolgung der Ordnung und die ungesäumte Vollziehung reichsgerichtlicher Erkenntniße ohne Parteilichkeit angelegen sein lassen. Kein mit den vielen und zerstreuten brandenburgischen Staaten gränzender Reichsstand, wird über ein unfreundliches Benehmen und Vergewaltigung Beschwerde führen können. Und welch einen glänzenden Beweis ächt deutschen Patriotismus hat unser großer König nicht noch neuerlich dadurch gegeben, wie er im baierischen Erbfolgkriege sein Kriegsheer und seine Person im 60sten Jahre seines Alters, ohne

eigenes Interesse für die Erhaltung der deutschen Reichsverfassung wagte!"

"Die Vergangenheit berechtigt also wenigstens nicht zu dem Verdacht ungerechter Eingriffe des Churhauses Brandenburg. Man muß vielmehr auch künftig ein gleich gerechtes und billiges Verhalten um so mehr von ihm erwarten, da gerade dieses seine wahre Politik ist. Einem Kenner der jetzigen Verhältnisse unsrer Staaten, kann die Richtigkeit dieser Bemerkung nicht entgehen. Preußen gehört nach der Größe und Production seiner Lande und nach seiner Volksmenge nur unter die mittlern Mächte von Europa, und kann bei übrigens gleicher Benutzung der Kräfte, nie denen völlig beikommen, die bei ungleich größerm Umfange und ungleich reicherer Fruchtbarkeit, mehr als dreifach größere Bevölkerung haben. Ist es im Stande gewesen, sich sogar gegen die vereinten Angriffe dieser so überlegenen Mäch-

te zu erhalten, und überhaupt in dem allgemeinen System von Europa sich bedeutenden Einfluß und Gewicht zu verschaffen; so wissen wir Alle, wie sehr dies Folge besonderer Umstände, Folge von Superiorität der Talente und ihrer ungewöhnlichen Anstrengung, Folge von unnatürlichen Verbindungen seiner Gegner, die keinen gemeinschaftlichen Zweck haben konnten, gewesen sei. Allerdings scheint es die Ordnung der Dinge zu erfordern, daß kleinere Staaten durch weise Benutzungen ihrer Kräfte sich wieder ins Gleichgewicht mit größern setzen, denen eine gleiche Oekonomie ihrer überwiegenden physischen Vortheile sonst eine gewisse Uebermacht sichern würde. Wohl also dem preußischen Staate, wenn weise Regierung, kluge Sparsamkeit, Menschlichkeit, Vernunft und Aufklärung ihm Bedürfniße und Bedingungen seiner Größe sind; und wenn eine schlechte, tyrannische und verfol-

gende Regierung ihm unausbleiblich Schwäche und Untergang bewirken würde; wenn er nicht reich genug ist, um verschwenden, nicht mächtig genug ist, um ungerecht sein zu können! So ein Staat muß allen seinen Nachbarn Vertrauen einflößen, und vorzüglich muß dies der Fall in Deutschland sein, da Preußen nie Vortheil von der Zerstörung der jetzigen Verfassung desselben haben kann, vielmehr seine eigene Erhaltung dessen unverrückte Fortdauer fordert, nach der einfachsten Politik, deutsches und preußisches Interesse sich nie im Wege stehen können. Wäre es möglich, daß je ein Umsturz der Reichsverfassung, eine Unterjochung der deutschen Reichsstände, dem preußischen Hof proponirt, und seine Einwilligung durch angebotene Vortheile erkauft werden sollte; so müßte schon blos sein Interesse ihn zwingen, einen so ungerechten Antrag zu verwerfen und dessen Ausführung

mit allen Kräften zu wehren. Denn so groß auch immer die ihm angebotenen Vortheile sein möchten, so müßten doch die, welche Oestreich sich ausbedünge, ungleich größer sein; und das Verhältniß beider Mächte würde also ganz zum Nachtheile Preußens abgeändert, und dessen baldiger Untergang davon sichere Folge sein. Ohne Oestreichs Theilnehmung ließe sich so ein Plan gar nicht denken, und die entfernteste Anlage zu demselben würde durch den unfehlbaren wohl verdienten Verlust alles Vertrauens in = und außer dem Reiche so empfindlich gestraft werden, daß, so lange man dem Kabinet von Berlin noch einige Begriffe von Politik zutraut, auch nur so ein Gedanke für wahrhaft unmöglich gehalten werden muß."

„Nach diesen in der Natur der Sache gegründeten Betrachtungen kann also den deutschen Reichsständen die Ueberlegung nicht

schwer fallen, an welche der beiden großen Mächte sich näher anzuschließen, ihr Interesse anrathe? Ob an diejenige, von der sie nichts zu fürchten, aber um derselben eigenen Vortheils willen, Vertheidigung zu erwarten hat, an diejenige, die bei Umkehrung des jetzigen Zustandes von Deutschland nichts gewinnen, aber alles verlieren kann, bei der Politik und Gerechtigkeit in eins zusammen fließen? — Oder an diejenige, die wenigstens nach gemeinen politischen Begriffen sich einmal einbilden kann, bei einer Revolution zu gewinnen, und bei der strenge Beobachtung der bestehenden Verfassung nicht sowohl eigenes Interesse als Gerechtigkeitsliebe und Mäßigung ist, die in einer Folge von Regenten nicht ununterbrochen zu erwarten, keine Beleidigung ist." *)

*) Siehe Dohm über den deutschen Fürstenbund. 8. Berlin 1785. S. 36. ff.

Das hier mitgetheilte Fragment ist von mehr als einer Seite interessant. Es stellt nicht allein den Gesichtspunkt dar, aus welchem der Fürstenbund von den Theilnehmern betrachtet wurde, sondern leitet auch zu sich von selbst aufdringenden Bemerkungen der Verschiedenheit der Politik im Jahr 1785, und 10 Jahr später. Nur von Oesterreich fürchtet Herr von Dohm für Deutschland; Frankreichs, dieses dem deutschen Reiche schon mehr als einmal gefährlich gewordenen Nachbars, erwähnt er nicht, vielleicht um die Aufmerksamkeit nicht zu theilen, vielleicht auch, weil er sich mit mehrern andern Staatsmännern daran gewöhnt hatte, die Franzosen nur nach dem schmähligen Vorfalle bei Roßbach zu beurtheilen, ohne zu glauben, daß die den Preußen so verächtlichen Franzosen Deutschland jemals wieder so furchtbar werden könnten, wie zu den Zeiten Ludwigs XIV. Eins

wie das andere geschah nach 1792 in Deutschland sehr häufig, obschon sich damals bereits ahnen ließ, was die Franzosen, durch die Revolution exaltirt, auszuführen vermöchten. Dieser Irrthum gab wohl mit eine der nächsten Veranlassungen zu dem so traurigen Rückzuge der Preußen aus Champagne, bereitete den Frieden zu Basel vor, und in demselben die Umgestaltung Deutschlands. 1785 war, wie uns oben gezeigt worden ist, eine Theilung Deutschlands, Preußens Politik entgegen, weil Oesterreich zugleich mit dabei gewinnen würde, 1795 nicht also. Im Gegentheile fand jetzt dieselbe Politik eine Theilung Deutschlands und eine gänzliche Umänderung seiner Verfassung sich und dem Ganzen nützlich und nothwendig. Mehrere, und unter diesen auch Gaspari in seinem Deputationsreceß, versichern, daß bereits in den geheimen Artikeln des Friedens zu Basel die

Länder bestimmt wurden, welche Preußen nachher im Entschädigungsplane zugetheilt erhielt.

In der ganzen Dauer des letzten französischen Krieges ist, meines Wissens, des Fürstenbundes nicht einmal officiell erwähnt worden, doch kann man ihn als bis zu dieser Zeit bestehend betrachten, weil von seiner Trennung nie etwas bekannt wurde. Der Fürstenbund sicherte nach Herr von Dohm Deutschland im Allgemeinen seine Verfassung, jedem Reichsstande insbesondere, den ungestörten Besitz des wohl erworbenen Seinen zu; dennoch zeigte sich dieser Bund zu einer Zeit, wo Deutschland so nöthig einer Hülfe bedurfte, völlig unthätig. Umgeänderte Verhältnisse veränderten auch die Politik; die lockern Bande des Bundes erschlafften bei dem Kaltsinne des Hauptes und Stifters, er löste sich auf, und man sahe ihn, von welchem man hohe

Aeuße=

Aeußerungen von Kraft gehofft hatte, nur kraftlos und ohnmächtig in seinem Hinscheiden. Die Lande mehrerer Reichsstände, welche Mitglieder desselben waren, wurden von Frankreich erobert, andere von ihm und Rußland, weniger nach Verhältnis als nach Willkühr und Gunst, vertheilt, ohne daß andere Mitglieder des Bundes etwas dagegen versuchten. Einigen der glücklichern Bundesverwandten diente das Unglück der aufgeopferten zu ihrer Vergrößerung. So wurde, um nur ein Beispiel anzugeben, Mainz, dessen Beitritt man einst besonders als einen Beweis geltend zu machen suchte, daß der Bund die reinste patriotische Tendenz und die Erhaltung der bestehenden Reichsverfassung zum Zweck habe, dieses Mainz wurde jetzt zertrümmert, und man sah etliche Provinzen desselben Eigenthum der preußischen Monarchie werden. Dem Fürstenbunde vertrauend, hatte sich zum

mindesten ein großer Theil von Deutschland von Preußen Schutz versprochen; zu zeigen, wie viel es an dasselbe verlor, benutze ich etliche über diesen Gegenstand erschienene Schriften.

„Preußen, sagt Gaspari, *) hat verloren Land, Volk und Geld. Das verlorne Land betrug noch nicht den fünf und achtzigsten Theil des Ganzen. Will man einen solchen Verlust für bedeutend ansehen: so erinnere man sich, daß Preußen während dieses Krieges eine mehr als zwanzigmal größere Provinz erwarb, und nach dem Baseler Frieden noch eine fast eben so große Provinz erhielt, wodurch die eigentliche Monarchie, das Königreich, beinahe um anderthalbmal vergrösfert wurde. Was von der Größe gilt, das

*) S. dessen Deputations-Receß. 1. Bd. S. 81. ff.

gilt auch vom Volke, nur mit dem Unterschiede, daß im Lande und im Felde verlornes Volk in Anschlag kömmt. Die Einwohner der abgetretenen Lande machten nicht viel mehr als den sechzigsten Theil der gesammten Volksmenge aus, dagegen hat Preußen mehr als achtzehnmal so viele Unterthanen in seinen eben gedachten neuen Provinzen erhalten. Was überhaupt im Felde geblieben, ist nicht genau bekannt; was vor dem Feinde gefallen ist, mag kaum so viel betragen, als eine einzige Hauptschlacht im siebenjährigen Kriege wegnahm. Gesetzt also, es habe den zehnten Theil der Armee betragen: so könnte es beinahe mit dem hundertsten Theile des waffenfähigen Volkes wieder ersetzt werden. So leicht läßt sich nun freilich ein erschöpfter Schatz nicht wieder ersetzen, und der Marsch einer Armee von der Spree bis zur Marne muß begreiflich große Summen kosten. Allein bis

Schatz wird nicht durch den Besitz von Landen, sondern einzig und allein durch genaue Wirthschaft und Sparsamkeit hergestellt. Hierin muß jeder Staat voraus wissen, wie viel er wagen darf, und in welcher Zeit sich die Lücke wieder füllen wird. Wie viel leichter konnte dieses nun bei so erstaunlichen Acquisitionen geschehen? — Kurz, Preußen hatte 1792 nur 3600 Quadratmeilen, 7 Millionen Unterthanen, und etwa 31 Millionen Thaler Einkünfte, hingegen 1801 beim Lüneviller Frieden 5400 Quadratmeilen, über 9 Millionen Unterthanen und über 36 Millionen Einkünfte. Bedurfte es noch eines mehrfachen Ersatzes für seine abgetretenen Lande, um das deutsche Gleichgewicht herzustellen?"

Und wirklich war dieser Ersatz mehrfach, wie sich aus nachstehender Vergleichung des Verlustes und Gewinnes ergiebt. Nach seiner eigenen Angabe verlor Preußen:

	Q. Meilen	Einwohner	Einkünfte Gülden
Theil vom Herzogth.			
Cleve = =	16	40,000	
Fstm. Mörs =	6	22,000	900,000
Hzgth. Geldern =	24	60,000	
Rhein- u. Maas-Zölle		= =	450,000
Sevenaar, Huyssen	2	5,000	50,000
	48	127,000	1,400,100

Dafür erhielt es zur Entschädigung

Hst. Hildesheim =	46	110,000	750,000
— Paderborn =	50	124,000	900,000
Theil von Münster	$80\frac{3}{4}$	150,000	900,000
Eichsfeld und Treffurt	36	75,000	450,000
Erfurt und Untergleichen = =	$11\frac{3}{4}$	45,000	300,000
3 Reichsstädte =	5	34,000	200,000
6 Abteyen = =	6	20,000	300,000
	$235\frac{1}{2}$	558,000	3,800,000

Die Einkünfte der Entschädigungsländer wird man noch um vieles höher annehmen können, als es hier geschehen ist. Hier ist deren Ertrag nach der vorigen Verwaltung be-

rechnet; allein nach dem weit ergiebigern preußischen Finanzsystem würden sie allein schon zu einer höhern Summe gebracht werden, und dieses ist um so mehr der Fall, da bis zur Secularisirung reiche Klöster den Ertrag des Landes mit den Landesherren theilten, Preußen aber diese Klöster aufgehoben hat, und die Einkünfte derselben nun ebenfalls hebt. Dieser große Ersatz für geringern Verlust würde noch größer erscheinen, wenn man mit Einigen, annehmen wollte, Preußen habe überhaupt für seinen Verlust an Frankreich keiner Entschädigung bedurft, da es in der Dauer des französischen Kriegs, welcher die Aufmerksamkeit von minderwichtigen Gegenständen abzog, durch Gelegenheit begünstigt, in Deutschland mehr erworben habe, als jener ganze Verlust betrüge. Ein Ungenannter, dessen Schrift, bey dem Reichsta-

ge cirkulirte, zeigt *) daß Preußen nach dem Erwerb der fränkischen Fürstenthümer, die Zahl der Bewohner derselben durch Einziehung um 142,217 vermehrte; und sonach hätte es allerdings schon in Franken mehr gewonnen, als es durch die Abtretung des linken Rheinufers verlor.

Ich weiß sehr wohl, daß Preußen die Gerechtsame deducirt hat, vermöge welcher es sich befugt hielt, mehrere Distrikte in Franken als brandenburgisches Eigenthum einzuziehen, in deren Besitze die benachbarten Staaten sich bis dahin völlig sicher geglaubt, ihn auch für so rechtmäßig gehalten hatten, als irgend ein Reichsstand den Besitz seiner Länder, allein die Politik versteht nöthigen

*) S. Statistische Tabellen über die Ein- und Umgriffe im fränkischen Kreise, 8. Germanien 1801.

Falls alles zu deduciren, und ohne an den Gerechtsamen der fränkischen Markgrafthümer zweifeln zu wollen, wird man gleichwohl zugestehen müssen, daß ein mindermächtiger Markgraf nicht im Stande gewesen sein würde, sie zu reclamiren, und daß selbst Preußen dabei manche Schwierigkeiten zu überwinden gehabt haben möchte, hätte es nicht eben zu einer Zeit gehandelt, wo von Oesterreichs Politik keine Hinderniße zu besorgen waren. Stände jedem deutschen Reichsstande zur Ausführung alter Ansprüche die ultima ratio regum *) in sattsamer Menge zu Gebote: so würde Deutschland der Schauplatz eines ewigen Krieges sein.

Deutschlands Ruhe und seine Verfassung, in so fern es noch eine hat, oder ihm eine fester gegründete wieder gegeben wird, beide be-

*) Diese Aufschrift befindet sich, wie bekannt, auf den preußischen Kanonen.

finden, sich in immerwährender Gefahr, so lange nicht der Status quo von allen, und für alle Reichsstände als gültig anerkannt wird. Nur dann können die mindermächtigen Sicherheit hoffen, wenn Gesetze sie vor der Willkühr der Mächtigen schützen.

Ich habe mich bei obigem etwas länger aufgehalten, nicht aus Parteilichkeit wider Preussen, sondern als ächt deutscher Patriot, und um aus den Ereignißen der neuesten Zeit bemerklich zu machen, daß die Politik des berliner Kabinettes, so weise und so nützlich berechnet sie auch für die preußische Monarchie sein mag, für Deutschland nicht erspriesliche ist, und mit der Politik Deutschlands, als einen gemeinschaftlichen Staat betrachtet, nicht in dem Einklange steht, welchen Herr von Dohm vor 19 Jahren unter beiden fand. Es schien nöthig bei Preußen etwas länger als bei Oesterreich zu verweilen, und ich hoffe, daß

meine Leser die in nachstehendem angegebenen Gründe triftig finden werden.

Schon seit Jahrhunderten haben eine Menge politischer Schriftsteller Deutschland auf die Gefahr aufmerksam gemacht, welche es treffen könnte, wenn Oestreich seine entschiedene Uebermacht in ihrem ganzen Gewichte gegen dasselbe wendete, und es ohne Unterstützung fremder Mächte, sich allein überlassen bliebe. Es war also wohl nicht nöthig, zu wiederholen, was besonders seit dem ersten Religionskriege schon so oft gesagt worden ist. Die Gefahr schien sich zu vergrößern, nachdem im vorigen Jahrhunderte Oesterreichs Macht stieg, dagegen Schweden, welchem Deutschland im dreißigjährigen Kriege seine Rettung zunächst dankte, auf der politischen Waagschaale so tief herabsank. Nicht selten war auch, wenn man von Deutschlands Interesse sprach, eigentlich nur das Interesse einer der beiden

Partheien im Spiele, in welche Deutschland durch die Reformation getheilt wurde. Die Protestanten schrieen über Gefahr für Deutschland, oft wenn nur ihre Parthei bedroht wurde, und bei den Catholiken fand umgekehrt derselbe Fall statt. Jene suchten die Gegenparthei zu schwächen, indem sie die Macht des Kaisers durch immer mehr beengende Wahlcapitulationen verminderten, so wie die Macht der geistlichen Fürsten, und den Einfluß derselben zu Gunsten des Kaisers und des catholischen Theiles, früher durch Secularisationen, späterhin dadurch, daß catholisch gewordene Besitzer protestantischer Länder ihre Verwandten auf geistliche Fürstenstühle zu erheben, und durch Familienbande auch das Interesse der Länder mit einander zu verketten suchten; bis endlich vor zwei Jahren die politische Todesstunde der geistlichen Fürsten schlug, deren Deutschland nur noch drei zählt, welche von

dessen großem Flächenraume nicht mehr als 33½ Quadratmeilen besitzen *). Die Häupter des catholischen Reichstheiles, die Kaiser, waren dagegen auf ihrer Seite ebenfalls bemüht, die Kräfte der Gegner zu vermindern, und glaubten ihren Zweck am sichersten zu erreichen, wenn sie diese Politik gegen die Häupter der Protestanten anwendeten. Dies hatte zur Folge, daß Sachsen, so lange es als Haupt des Bundes da stand, den Druck des österreichischen Uebergewichtes empfindlich fühlte. Manche Gelegenheit, sich zu vergrössern, wurde ihm entzogen, einige Länder, zu deren Erwerbung es sich Hoffnung gemacht hatte, gegründet auf Ansprüche, welche geltend zu machen, wohl nur hinlängliche Macht fehlte, fielen Brandenburg anheim, welches

*) Davon Erzkanzler 24½, Deutschmeister 6, Johanniter meister 3.

in seiner damaligen Ohnmacht, Oesterreich ein minder gefährlicher Gegner dünkte, als das blühendere Sachsen. Aus dieser Ohnmacht erwachte Brandenburg unter der festen und weisen Leitung des großen Churfürsten; es vergrößerte sich in Deutschland auf Schwedens Unkosten, und konnte sich um so leichter zum Haupte der protestantischen Parthei erheben, als Sachsen, wegen des Uebertrittes seiner Regenten zur catholischen Religion, sich dazu nicht mehr so wohl qualificirte. Unter thätigen Fürsten schwang sich Brandenburg schnell zu einer Größe empor, welche seine Nachbarn noch vor kurzem nicht geahnet hatten. Jetzt wendete Oesterreich seine Politik zunächst gegen Preußen, doch nicht mit glücklichem Erfolge. Das Genie des großen Friedrichs vergrößserte seinen Staat selbst auf Oesterreichs Kosten, und mit dem ersten schlesischen Kriege wurden die beiden Fürsten, welche Häupter

der zwei verschiedenen Religionstheile waren, natürliche Feinde.

Seit dritthalb Jahrhunderten dauert der Kampf der beiden Partheien in Deutschland, welchem Religion die Entstehung, Politik mehrere Festigkeit gab. Zuweilen kämpfte man nur mit der Feder auf dem Reichstage, zuweilen aber auch auf dem Schlachtfelde. Immer bemühten sich beide Partheien, ihren Vortheil als Deutschlands Bestes geltend zu machen, und führten dadurch die Auflösung und Zerrüttung des Vaterlands herbei. Einzelne Reichsstände erhoben und befestigten sich mehr, aber fortschreitend kam das gemeine Reichsverband seiner Auflösung näher, und Deutschland, als Staat gedacht, sank immer tiefer herab.

Seit Preußen sich zu einer bedeutenden Macht emporgeschwungen hatte, gewöhnten sich mehrere deutsche Reichsstände daran, sol-

ches als ihren natürlichen Beschützer zu betrachten. Dies war nicht nur bei protestantischen der Fall, welche für ihre Religion besorgt waren, sondern auch bei catholischen, deren Politik das übermächtige Oesterreich fürchtete. Einigen Reichsständen gewährte die nähere Verbindung mit Preußen wesentliche Vortheile, welches besonders bei Baiern der Fall war, für das Friedrich II. in seinem Alter sich noch einmal bewaffnete, auch späterhin, als es zu einem nachtheiligen Tausche überredet werden sollte, sich thätig für dasselbe verwendete, und davon zugleich Gelegenheit nahm, den deutschen Fürstenbund zu gründen. Zu derselben Zeit, wo einige Stände bei Preußen Schutz suchten und auch fanden, fürchteten sie auf der andern Seite von Oesterreich um so mehr, weil Joseph II. diesen Staat durch bessere Einrichtungen mächtiger und furchtbarer machte, und weil dieser Monarch daneben oft etwas rasch

zu Werke ging, zuweilen die Verbindlichkeit älterer Tractaten nicht anerkannte, wenn sie der Absicht, seinen Staat blühender zu machen, entgegenstanden; dabei auch versuchte, ältere, mit der Kaiserwürde verbundene Vorrechte, von welchen seine Vorfahren wenig oder keinen Gebrauch machten, wieder zu benutzen. *) Hierdurch konnte also allerdings die Besorgniß erregt werden, Joseph werde nicht

*) Ohne hierüber weitläuftiger zu sein, wird es genügen, an die Aufhebung des Barrieretractates und an die Versuche zur Oeffnung der Schelde zu erinnern, wie auch an die Ausübung des Rechtes der ersten Bitte und die häufige Ertheilung der Panisbriefe, welche Joseph benutzte, sich ohne Kosten einer Menge Staatsbeamten zu entledigen, von welchen er besorgte, daß sie seinen Reformen entgegenhandeln oder sie wenigstens aufhalten würden, weil sie, an das alte Herkömmliche gewöhnt, schwerlich so leicht den neuen Gang einschlagen möchten, welchen Josephs Geist in den Geschäften einzuführen gedachte.

nicht bei den gemachten Versuchen stehen bleiben, im Gegentheile sich bemühen, vielleicht die Macht wieder zu erlangen, welche einst die ältern Kaiser besaßen. Nach und nach war diese Macht verloren gegangen, und so wie der Verlust gedient hatte, die Reichsstände mächtiger zu machen, würde sie Wiederherstellung um die Vortheile gebracht haben, welche sie durch ein, Jahrhunderte fotgesetztes, Bestreben auf Kosten des kaiserlichen Ansehens zu erlangen gewußt hatten.

Preußen kam das Anschließen seiner Mitstände höchst erwünscht: denn wenn ihm auch Oesterreichs Unternehmungen nicht unmittelbar schadeten, hatte es doch allerdings davon zu besorgen, weil jede Vermehrung der Kräfte seines ohnehin schon so mächtigen Gegners ihm künftig Gefahr bringen konnte. Gern nahm es sich daher seiner Mitstände an, denn eigne Politik forderte dies. Preußen erschien

nun in den Augen Vieler als Beschützer und Erhalter der deutschen Freiheit und Constitution, Oesterreich als Unterdrücker beider, und Manche hielten dafür, dieses Verhältniß werde immer statt finden; ja selbst noch jetzt sind Einige dieses Glaubens, so leicht auch jeder mit der Geschichte nicht Unbekannte überblickt, daß, seit Kaiser Rudolph von Habsburg seinen Sohn mit dem heimgefallenen Erzherzogthum Oesterreich belehnte, dieses neue österreichische Haus nicht so viele deutsche Länder erwarb, als Brandenburg in der weit kürzern Zeit vom 30jährigen Kriege an bis nach dem durch die Beendigung des Entschädigungsgeschäftes vollzogenen Lüneviller Frieden.*)

*) Um nicht mißverstanden zu werden, glaube ich bemerken zu müssen, daß ich die Niederlande hier nicht mit in Anschlag bringe, weil Oesterreich diese nicht von Deutschland, sondern von Spanien erwarb, und der burgun=

Als Gegengewicht für Oesterreichs noch größere Macht wird Preußen für Deutschland immer von großem Nutzen sein, weil hier die Politik beider zusammentrifft; allein bei Gelegenheiten, wo dies nicht der Fall ist, wird auch Deutschland nicht auf Preußens Schutz rechnen können. Der letzte für Deutschland so unglückliche Friede giebt hierzu einen deutlichen Beleg, und wem der Geist der Politik nur nicht ganz fremd ist, wird ohne Mühe einsehen, daß künftige ähnliche Ereignisse auch ein ähnliches Resultat zur Folge haben möchten. Bisher war die Politik aller Staaten in so fern sich ähnlich, daß sie Vergrößerung bei jeder günstigen Gelegenheit zu ihrem ersten Grundsatze, zu ihrem vornehmsten Zwecke

dische Kreis überdies mit Deutschland nie in einem so engen Reichsverbande stand, als die übrigen Reichskreise.

machten; auch war man in der Wahl der Mittel zu Erreichung dieses höchsten Zweckes wohl nie gewissenhafter als gegenwärtig. Der einzige Unterschied bestand vielleicht nur darin, daß sonst alle Länder blos erobert wurden, jetzt zuweilen eins friedlich getheilt wird. Sträubt sich auch das Staats- und Völkerrecht gegen diese noch nicht lange gewöhnlichen friedlichen Theilungen mehr, als gegen das, durch die Gewohnheit sanctionirte, Recht der Eroberung: so gewinnt dagegen die Menschheit dabei, weil Eroberungen Ströme Blutes kosten, Theilungen aber keins oder sehr wenig. Zudem liegt es in der Natur des Menschen, daß Mächtigere auf Mindermächtige drücken, und wir finden besonders in unsern Tagen Bestätigung dieses Satzes, der, wenn er auch eben nicht der Menschheit zur Ehre gereicht, dessen ungeachtet so wahr ist. Sahen wir nicht einige kleine Fürsten, deren

politische Subsistenz doch selbst nur von der Aufrechthaltung der Reichsgrundgesetze, und, wenn diese nicht mehr geachtet werden, einzig und allein von der Discretion ihrer mächtigern Nachbarn abhängt; sahen wir diese nicht gegen ihre noch mindermächtigeren Reichsgenossen, die Reichsritter, dieselben Maaßregeln nehmen, welche Gefühl ihrer Macht der Politik etlicher der ersten Reichsstände vorzeichnete. Hier ist nicht der Ort zu untersuchen, ob nicht einige Modificationen der Verfassung der Reichsritterschaft zum Besten des Allgemeinen sehr zu wünschen wären; zur Bestätigung des Obigen bedarf es blos der Bemerkung, daß Erhaltung dieser, auf Reichsgesetze gegründeten, Verfassung durch den Deputationsreceß in der Entschädigungssache, zugesichert worden ist.

Doch ich verweile wohl zu lange bei dem nicht schweren, auch noch durch manches An=

dere zu stützendem Beweise, daß Deutschland von Preußen nicht weniger als von Oesterreich zu fürchten hat, und will dem Obigen nur noch etwas Weniges beifügen, ehe ich mich von diesem Gegenstande hinwegwende.

Herr von Dohm sagt in der oben angezogenen Stelle: „Beobachtung der bestehenden Reichsverfassung sei, in Betreff Oesterreichs, nicht sowohl eigenes Interesse als Gerechtigkeitsliebe und Mäßigung, welche in einer Folge von Regenten nicht ununterbrochen zu erwarten, keine Beleidigung sei.“ Mich dünkt es ebenfalls keine Beleidigung, diese Stelle auf Preußen anzuwenden, auf welches sie in der gegenwärtigen Lage der Dinge so ganz paßt. Sehr bezeichnend spricht Herr Gaspari, Preußen halte, vermöge der durch die Entschädigungen ihm zugefallenen Länder, ganz Norddeutschland gleichsam umklammert, und jeder Unpartheiische wird ihm beistimmen,

wenn er nur einen Blick auf die Charte wirft. Die Vortheile, welche die geographische Lage Preußen darbietet, einst bei einer günstigen Gelegenheit zu benutzen oder nicht, wird auch nur von dessen Gerechtigkeitsliebe und Mäßigung abhängen, um so mehr, da ihm, eben wegen der geographischen Lage seiner deutschen Länder, Vergrößerungen auf Kosten seiner Nachbarn weit leichter sind als Oesterreich. Dieses gränzt gegenwärtig nur mit den mächtigsten Reichsständen, Brandenburg, Baiern und Sachsen; ausgenommen seine Besitzungen in Schwaben, von welchen aus es jedoch, ihrer geringen Bedeutsamkeit wegen, wenig wirken kann, und die in einem Kriege, woran die mächtigern Fürsten Süddeutschlands Theil nähmen, im Gegentheile selbst gefährdet wären. Preußen hingegen hat neben Oestreich, Baiern und Sachsen, noch eine Menge andere Nachbarn, welche zum Theil wenig

mächtig, zum Theil völlig ohnmächtig sind, wie jeder nicht hinlänglich kundige Leser sich leicht selbst überzeugen kann, wenn er die Landcharte nur ein wenig zur Hand nimmt. Hierdurch wird Preußen sehr vor Oesterreich begünstigt, und auch in friedlichen Verhältnissen, wenn etwas blos durch Verhandlungen bei dem Reichstage betrieben werden sollte, würde Preußen sehr wahrscheinlich das Uebergewicht behalten, welches Oesterreich sonst behauptete. Dieses hat durch die Säcularisation der geistlichen Fürsten, welche gewöhnlich dessen Parthei hielten, viel verloren, Preußen hingegen dadurch noch mehr gewonnen, weil es mehrere dieser Stimmen selbst erlangt hat, von den übrigen aber bei weitem der größte Theil solchen Fürsten zugewendet worden ist, welche sich bei der Abstimmung mit Preußen confirmiren. In dem Fürstenrathe hat Preußen, wie jedem Zeitungsleser sattsam

bekannt ist, ein entschiedenes Uebergewicht, welches ihm auch nicht leicht zu entwinden sein möchte, so lange Baiern, die hessischen, nassauischen und einige andere Häuser, aus Familien= oder politischen Verhältnissen, sich ihm anschließen.

Gegenwärtig hat also Preußen den größten Einfluß auf Deutschlands Angelegenheiten, und Erfahrung hat uns belehrt, wie viel der Einfluß fremder Mächte oder übermächtiger Mitstände unserm Vaterlande bereits schadete. Daneben hätte es von einem eroberungssüchtigen Fürsten auf dem preußischen Throne mehr, als von einem ähnlichen auf dem österreichischen zu besorgen, weil Preußen nirgends leichter Eroberungen machen kann, als in Deutschland, Oesterreich dagegen weit leichter gegen die Türken.

Aus der Geschichte und den, in Betreff der Politik, welche in ihren Hauptgrundsätzen

überall und zu allen Zeiten sich gleich ist, gemachten Erfahrungen, möchte sich also das Resultat ergeben, daß eine Verbindung sowohl mit Preußen als mit Oesterreich zwar einzelnen Fürsten nützlich sein kann, für ganz Deutschland aber schwerlich von Nutzen sein würde. Jeder dieser beiden Mitstände ist auch im Verhältnisse zu den übrigen Reichsständen zu mächtig, um ihnen nicht die Besorgniß einzuflößen, ein Bund, an dessen Spitze Oesterreich oder Preußen stände, könne Deutschland leicht in die Lage bringen, vom Haupte des Bundes in mehr als einer Rücksicht abzuhängen. Ueberhaupt könnte schon eine Art von Abhängigkeit entstehen, wenn der Bund nur ein beständiges Oberhaupt hätte, und noch weit eher möchte ein solcher Fall eintreten, wenn dieses Oberhaupt, außer der vom Bunde ihm ertheilten Macht, noch eine eigenthümliche, weit größere Macht besäße.

Dabei läßt sich auch mit der höchsten Wahrscheinlichkeit annehmen, daß ein allgemeines, Festigkeit und Erfolg versprechendes Bündniß der sämmtlichen deutschen Reichsstände mit Preußen oder Oesterreich so wenig zu Stande kommen, oder doch eben so wenig von Dauer sein würde, als eine Verbindung mit diesen beiden Staaten zugleich. Die Politik jeder dieser beiden Mächte müßte dem festen Anschließen Deutschlands an die andere nothwendig entgegen arbeiten, woraus für den beabsichteten Bund unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen würden. Doch auch schon von der Politik der Reichsstände lassen sich ähnliche Schwierigkeiten vermuthen. Einige derselben sind für Oesterreich, andere für Preussen zu nahe intereßirt, um in ein Bündniß mit der andern Macht, zusammenzutreten. Noch nie kam eine solche Verbindung zu Stande, selbst dem Fürstenbunde schloß sich nur

der kleinere Theil der Reichsstände an, ob er gleich für Preußen unter so günstigen Umständen geschlossen wurde, als vielleicht nie wieder statt finden werden.

Einem Bunde der deutschen Fürsten unter sich stehen dagegen, sowohl in Betreff ihrer selbst, als von Seiten Oesterreichs und Preußens, weniger Hindernisse im Wege, besonders wenn Neutralität gegen diese beiden Mächte als erstes Grundgesetz des Bundes angenommen würde. Freilich möchte wohl die Vereinigung derselben mit der Politik sowohl des Wiener als des Berliner Kabinettes schwerlich zusammentreffen, ihr jedoch aber auch nicht so sehr entgegen sein, um den Bund gewaltsam hindern zu wollen; und wenn auch dieses wider alles Erwarten erfolgte: so würde der Bund an der Macht, von welcher jenes nicht geschähe, einen Beistand finden.

Es ist voraus zu sehen, daß ein Bündniß aller deutschen Fürsten schon an und für sich selbst manche Schwierigkeit finden wird; indeß läßt sich doch das Gelingen desselben eben jetzt eher hoffen als jemals vorher. Die Vorfälle unserer Zeit haben so laut die Lehre gepredigt, daß Deutschland seine fernere politische Subsistenz nur bei fester Vereinigung und im allgemeinen von der strengsten Neutralität hoffen darf, als daß man glauben sollte, diese große und so theuer erkaufte Lehre werde für unser Vaterland unbenutzt verloren gehen. Zudem ist jetzt Deutschlands Macht weniger zertheilt, da laut der oben beigefügten Tabelle mehr als $\frac{4}{5}$ seines Flächenraumes Besitzthum der größern Fürsten ist, folglich die Kraft, welche vor Beendigung des Entschädigungswesens noch unter weit mehrere vereinzelt war, jetzt in nicht mehr als 11 Fürsten oder Fürstenhäusern concentrirt ist. Jeder in mehrern

Zweige getheilte Fürstenstamm läßt sich füglich nur als ein Ganzes betrachten, weil diese Zweige, deren noch überdieß schon gegenwärtig weit weniger sind als hundert Jahre früher, ein gemeinschaftliches Interesse bindet. Jetzt können also nur 11 Stimmen über einen Gegenstand statt finden, über welchem vor dem Lüneviller Frieden mehr als 40 Stimmen sich hätten vereinigen müssen. Unter 11 ist aber begreiflich schon an sich Uebereinstimmung weniger schwer als unter 40, und hier muß sie darum noch leichter werden, weil unter den 11 Stimmen sich nicht mehr als ein geistlicher Fürst befindet; die übrigen Fürsten aber, welche ehedem auch mit hätten stimmen müssen, sämtlich Geistliche waren. Von diesen stand Stimmung zu einem allgemeinen Fürstenbunde weniger zu erwarten, als von den weltlichen; nicht allein wegen der Anhänglichkeit der mehresten an den Kaiser, sondern

auch weil der Hauptzweck des Bundes, Aufrechthaltung der bestehenden Reichsverfassung, für sie zwar ebenfalls sehr vielen, dennoch nicht so hohen Werth hatte, wie für die Erbfürsten. Bei den geistlichen fand wohl auch außer dem persönlichen, patriotisches und Communitätsinteresse statt; beide aber wirken unleugbar weniger mächtig, als Familieninteresse, welches den Blick weiter in die Ferne hinaus hebt, ihn also auch auf entfernte Gefahren richtet, die von den allein stehenden geistlichen Fürsten, aus Ursachen in der menschlichen Natur gegründet, weniger beachtet werden.

Ich leugne nicht, daß alle aus der Geschichte resultirende Erfahrungen große Zweifel veranlassen, ob auch die deutschen Reichsstände jemals zu einer festen Vereinigung sich entschließen möchten, sehe aber auch nicht ein, warum Deutschland durchaus nicht einen föderativen Staat sollte bilden können, da uns

doch die ältere und neuere Geschichte mehrere Beispiele föderativer Staaten zeigt. So sind alle die kleinern Bezirke, aus welchen die Schweitz oder der nordamerikanische Freistaat zusammengesetzt ist, gewissermaßen für sich bestehende Staaten, die verschiedene, von einander abweichende Verfassungen haben, je nachdem sie das Locale jedem am zuträglichsten findet. Nach verschiedenen Gesetzen regiert sind sie gleichwohl, vermöge ihrer Constitution, in verschiedenen Hinsichten hinlänglich verbunden, um in Beziehung auf fremde Mächte ein festes Ganzes ausmachen zu können. Dasselbe wäre auch für Deutschland auszuführen nicht unmöglich, obschon schwieriger als in den beiden genannten Staaten, weil der Mitglieder zu einem solchen Bundesstaate in unserm Vaterlande ungleich mehrere, und diese überdieß noch, sowohl in Betreff ih-

rer

rer Kräfte als Rechte, weit mehr unter sich verschieden sind.

Dennoch würde es, meines Bedünkens, hierbei wahrscheinlich nur allein auf die Vereinigung der oben genannten 11 Stimmen ankommen. Hätten diese für den Fürstenbund entschieden: so würden die übrigen Reichsstände und Reichsgenossen ihm leicht und bald beitreten, gesetzt auch, daß es nicht von allen freiwillig geschähe, sondern überredet, oder aus Nachgiebigkeit gegen mächtigen Einfluß. Doch läßt sich der völlig freiwillige Beitritt der meisten um so wahrscheinlicher vermuthen, da man weiß, daß die mehresten kleinern Fürsten und Grafen entschlossen sind, für sich in einen Bund zusammen zu treten, um durch vereinigte Kraft mehr Sicherheit zu erlangen, als wenn jeder für sich allein steht. Da dieser Bund auch bei dem schönsten Gedeihen, dennoch nur wenig Sicherheit verspricht, würden

Bayerische
Staatsbibliothek
München

sie sich vermuthlich einem mächtigern gern anschließen, in so fern dies ohne wesentlichen Verlust bisher genossener Rechte und Freiheiten geschehen könnte. Und warum sollte das nicht ausführbar sein? Warum sollte der Besitz der Rechte, welche aus der Reichsverfassung für die Stände nach verschiedenen Modificationen fließen, mit einem neben dem allgemeinen Reichsverbande zu schließenden allgemeinem Bunde nicht ebenfalls wohl bestehen können?

Es sei mir erlaubt, eine Idee, welche diese Fragen bejahend beantwortet, nach ihren Grundzügen und mit den nöthigsten Erläuterungen, darzustellen.

Der Fürstenbund, so wie ich mir ihn als Deutscher, frei von aller Partheilichkeit für eins der größern Fürstenhäuser, denke, sichert jedem Theilnehmer Aufrechthaltung und Schutz der ihm, vermöge der Reichsverfassung,

Bayerische Staatsbibliothek München

zustehenden Rechte und Freiheiten zu, und legt ihm blos die Verbindlichkeit auf, zum Behufe des Bundes und zu dessen freiem Gebrauche so viel Mannschaft zu halten, als nach der Größe seines Besitzthums erforderlich ist, um für das Ganze ein Heer von 200000 Mann zusammen zu bringen. Hierzu muß, wie ich schon oben gesagt habe, das Verhältniß von 1 des Militärs zu 54 der ganzen Bevölkerung angenommen werden. Dieses Verhältniß hervor zu bringen, würden manche Reichsstände nicht einmal einer Vermehrung ihrer Truppen bedürfen. So findet zum Beispiele bei Chursachsen dieses Verhältniß schon ungefähr statt, und Churhessen unterhält verhältnißmäßig weit mehr Truppen, da die Kriegsmacht desselben bei einer Bevölkerung von noch nicht 500000 Seelen, über 20000 Mann beträgt. Auch die übrigen großen Fürsten verstärken ihre Truppen, und selbst

Baden, welches vor dem Lüneviller Frieden fast gar keine hatte, soll sie, nach öffentlichen Nachrichten, bis auf 12000 Mann vermehren wollen, welches ebenfalls weit über dem von mir angenommenen Verhältniß wäre. Von den größern Fürsten würden also manche sogar mehr Mannschaft halten, als ihnen der Fürstenbund vorschriebe, wobei es wohl kaum der Erinnerung bedarf, daß diese Ueberzahl der Truppen nicht, gleich den andern, zur Disposition des Bundes sein könnte.

Von den kleinern Ständen halten dagegen die mehresten weit weniger Mannschaft, einige nicht einmal ihr Reichscontingent, obschon dies um vieles schwächer ist, als das hier annommene Contingent zum Heere des deutschen Bundes. Beträchtlich höher als manche andere sind bei dem Reichscontingent die Fürsten von Schwarzburg und die Fürsten und Grafen Reuß angeschlagen; beide zusammen

mit einem Regimente von 1000 Mann, wozu die ersten 4, die letzten 2 Compagnieen stellen, was freilich immer noch weit weniger ist, als das oben angenommene Verhältniß, nach welchem auf die schwarzburgischen Länder 1852 auf die reußischen 1296 Mann kämen, wenn man nach den neuesten statistischen Angaben die Bevölkerung der ersten auf 100000, der letzten auf 70000 Seelen annimmt. Bei Ständen, welche von der Reichsmatrikel mehr begünstigt werden, findet also ein noch größerer Unterschied statt, und dies möchte allerdings bei der Ausführung des Ganzen eine der größten Schwierigkeiten machen, deren Abhülfe sich gleichwohl von gutem Willen und reiflicher Erwägung der Lage der Dinge erwarten läßt, und wobei sich zugleich einem Wunsche der mächtigern Reichsstände und einer Besorgniß der mindermächtigen begegnen ließe.

Die Tendenz der ersten, die letzten von sich mehr oder minder abhängig zu machen, leuchtet so deutlich ein, daß es kaum möglich ist, sie zu übersehen, besonders nachdem, durch den Vollzug des Lüneviller Friedens, jener Zweck zum größten Theile schon erreicht worden ist. Bereits vor demselben war die beunruhigendste Besorgnis mancher Reichsstände, die Landeshoheit eines mächtigern Nachbars anerkennen zu müssen, und nach demselben kann diese Besorgnis nicht anders als vermehrt worden sein, wozu es wohl keiner nähern Angabe der Gründe bedarf. Allerdings stehen der Vertheilung der Lande der noch übrigen kleinen Reichsstände mehrere Hindernisse im Wege, als bei dem Entschädigungsgeschäft, obschon hier eine größere Masse vertheilt würde; allein Uebermacht kann sich über diese Hindernisse dennoch so leicht hinwegsetzen, daß sich ein solches Ereigniß mit Wahrscheinlich-

keit vermuthen läßt, so bald sich einmal dazu günstige Gelegenheit zeigen würde. Daher haben es auch schon mehrere Staatsrechtslehrer und Politiker, unter andern auch Häberlin in einem der neuern Stücke seines Staatsarchives, der Politik der mindermächtigen Reichsstände am angemessensten gefunden, sich den mächtigern freiwillig zu unterwerfen, um dadurch bessere Bedingungen zu erlangen, als wenn ihnen vielleicht dereinst Drang der Umstände keine Wahl mehr übrig ließe. Beides könnte, meines Bedünkens, durch den Fürstenbund vermieden werden.

Gesellten die kleinern Reichsstände ihre Kräfte den Kräften der größern bei: so bekämen diese dadurch Gelegenheit, ihre eigenthümliche Macht, ohne den geringsten eigenen Aufwand bedeutend zu vermehren, und ohne eine Gewalthandlung, wenigstens zum größten Theile, die Wünsche erfüllt zu sehen

welche wohl alle größere deutsche Fürsten im Geheimen nähren, wenn dies auch bei einem mehr, bei dem andern minder der Fall ist. Dies der Gewinn auf Seiten der mächtigen Reichsstände, die mindermächtigen erlangten durch ein nicht allzuschweres Opfer Sicherstellung ihrer Reichsunmittelbarkeit, welche Grundgesetz des Fürstenbundes wäre, und blieben, Militärangelegenheiten abgerechnet, völlig in der bisher bestandenen Verbindung mit dem deutschen Reiche.

Es ist nicht zu leugnen, daß es bis jetzt eine große Erleichterung für die kleinern Reichsstände war, zum Behufe des Militärs keinen so großen Aufwand machen zu müssen, als Politik die größern nöthigte, um nicht allzuweit zurück zu bleiben, indeß die auswärtigen Mächte ihre stehenden Heere fortschreitend vermehrten, jedoch ist dieser Aufwand auch nicht so groß, um ihn nicht willig zu ma=

chen, da er auf der andern Seite so wichtige Vortheile verspricht. Ueberdies ist er auch wirklich bei näherer Erwägung weniger groß, als er auf den ersten Anblick erscheint.

Wer mit Deutschland etwas genau bekannt ist, wird mir hoffentlich zugestehen, daß man in denjenigen Ländern, welche ein verhältnißmäßiges starkes Militär halten, im Allgemeinen weniger Bettler findet, als in solchen, wo nur sehr wenig Militär ist. Ist gleich der Sold der deutschen Krieger allgemein so gering, daß er ihnen weniger völligen Unterhalt, als vielmehr nur einen Beitrag zu ihrer Unterhaltung giebt: so hat er doch einen großen Einfluß auf das Ganze, und es muß begreiflich einen sehr fühlbaren Unterschied machen, ob von 50 oder von 2 bis 300 Menschen einer diesen Beitrag bekömmt. Die 3 oder 5 Menschen, welche ihn, im letzten Verhältnisse zum ersten, nicht erhalten,

müssen also bei ermangelnden Erwerbsquellen — und in wie wenig Ländern befinden sich solche bis jetzt für alle Bewohner hinreichend — das Mitleid ihrer Mitbürger um die Summe dieses Betrags ansprechen, wenn er ihnen nicht aus milden Stiftungen gereicht wird. Zu diesen milden Stiftungen gehören auch die Klöster, welchen, bei vielem Nachtheiligen, kein Unpartheiischer das Gute absprechen wird, manchen Armen zu versorgen. Einige leben ganz auf Kosten derselben in ihren Mauern, andere erhalten den zu ihrem hinlänglichen Unterhalte nöthigen Beitrag, und in manchem Lande, dessen Klöster neuerlich eingezogen wurden, sind der Armen mehr wie zuvor, da sich hinreichende Hülfsmittel zu ihrer Erhaltung nicht jederzeit sogleich auffinden lassen. Ich bin dennoch weit entfernt, den Klöstern im Allgemeinen das Wort zu reden, oder zu übersehen, daß durch ihre, nicht

immer zweckmäßige, Mildthätigkeit der Müssiggang oft befördert wird, oder mich in Discussionen über das Armenwesen überhaupt einzulassen, weil sie hier am unrechten Orte stehen, mich auch zu weit von meinem Zwecke abführen würden; glaube aber, daß man dem Obengesagten nicht leicht etwas wird entgegensetzen können, und es mir nicht schwer werden würde, solches durch triftige Gründe noch mehr zu stützen. Es ist mir nicht unbewußt, daß einzelne kleinere Staaten Deutschlands wenig Soldaten und dennoch auch weit weniger Bettler haben, als andere sehr militärische, und daß dagegen in einigen preußischen Städten, wo sehr starke Garnisonen liegen, die Soldaten selbst betteln; diese seltenen Ausnahmen machen aber, wie es überhaupt keine Regel ohne Ausnahme giebt, auch die oben angenommene nicht ungültig. Jenen glücklichen kleinen Staaten öffnen günstige äußere Umstände, Handel und

Fabriken, mehrere Erwerbsquellen, und in einer Stadt, wo die Garnison, aus militärischen Gründen, so stark sein muß, daß sich ihr nicht sattsame Gelegenheit zum Erwerb außer ihrem Solde darbietet, wird der Soldat von seinem Magen gezwungen zu betteln, so scharf es ihm auch durch Gesetze verboten sein mag.

Aus dem Vorhingesagten resultirt Nachstehendes. Wenn in kleinern Staaten bisher die Möglichkeit, die Staatsbürger im Allgemeinen weit weniger mit öffentlichen Lasten und Abgaben zu belegen, als dies in größern der Fall ist, zunächst aus der Freiheit entsprang, so wenig Militär, als sie selbst wollten, halten zu dürfen, so folgt daraus noch nicht, daß eine Vermehrung des Kriegsstandes um das drei- oder vierfache so viele Abgaben mehr erforderlich machte, als die Unterhaltung desselben kostete. Die Kriegscasse

erforderte dann unstreitig größere Summen wie gegenwärtig, dagegen aber würde die Allmosencasse weniger bedürfen, obschon von ihr das Deficit in der Kriegscasse bei weitem nicht gedeckt werden könnte. Wichtiger als diese Ersparnis ist es, daß dann die Stände hoffen dürften, von den Kriegssteuern verschont zu bleiben, zu welchen sie bisher in Reichskriegen genöthigt wurden. Hier hatten sie nicht nur eine beträchtliche Anzahl Römermonate, sondern sehr oft auch, noch weit mehr betragende, Contributionen an den Reichsfeind zu bezahlen; dieses Uebel, welches sie oft traf, würde aber in der Folge nicht leicht zu befürchten sein, wenn der deutsche Bund bei den Kriegen der benachbarten Staaten, Neutralität zu einem Hauptgrundgesetze machte. Von der strengen Befolgung dieses Gesetzes hätte er vornehmlich Sicherheit und Fortdauer zu erwarten, und nur in wenig Fällen möchte es

nützlich sein, nach einer andern Politik zu handeln, wovon ich weiter unten sprechen werde.

Es ließe sich folglich annehmen, daß die Reichsstände, welche durch ihren Beitritt zu dem Fürstenbunde die Verbindlichkeit eingingen, ein stärkeres Militär zu halten, ihren Aufwand dadurch im Ganzen um nicht viel vergrößern würden; werde aber auch der Aufwand um etwas vergrößert, welcher Staat und welcher Staatsbürger würde nicht gern das Seinige dazu beitragen, bei der Voraussicht, neben Sicherheit und Freiheit, den Frieden erhalten zu können, und sich und die Seinigen alle der Vortheile und Segnungen theilhaft zu machen, welche dieses Kind des Himmels in seinem Gefolge hat.

Das von der Gesammtheit des deutschen Bundes zu unterhaltende Heer müßte freilich anders organisirt und fester unter sich verbunden werden, als die bisher bestandene Reichs-

armee, welche noch nie einem Feinde furchtbar wurde, wenn schon jeder ihr die Gerechtigkeit widerfahren ließ, daß sie zum Theil aus trefflichen Truppen bestehe. Die Sachsen, Hessen, Hannoveraner und andere Truppen der größern deutschen Fürsten erwarben sich immer die Achtung des Feindes, aber neben ihnen standen die, meistens schlecht disciplinirten, Contingente der geistlichen Fürsten und kleinern Reichsstände, von welchen besonders die letzten in der Geschwindigkeit zusammengerafft, und als eine natürliche Folge, ziemlich roh waren. Diese, den bessern so heterogenen, Theile des Ganzen waren ihm mehr schädlich als nützlich; denn statt dessen Kraft im Verhältnisse ihrer Anzahl zu vermehren, verminderten sie dieselbe vielmehr, weil sie dem Feinde gegen über, vermöge ihrer geringern Kriegskunde, mit dem Ganzen nicht gemeinschaftlich handeln konnten, und sehr

oft nur dazu dienten, Verwirrungen hervorzubringen. Daher hielt der Feind die Reichsarmee im allgemeinen für eine leichte Beute, und sie war mehr ein Gegenstand seines Spottes, als seiner Besorgniß.

Das eigene Mangelhafte der Reichsarmee, welches so allgemein bekannt ist, daß es keiner näheren Angaben desfalls bedarf, entstand zunächst aus folgenden Ursachen. Mehrere Stände machten ihr Contingent erst in Kriegszeiten vollzählig, und der Mannschaft solcher, welche die vorgeschriebene Anzahl auch im Frieden hielten, mangelte es meist, wo nicht gänzlich, doch an der gehörigen Uebung, was nachher im Felde nothwendig üble Folgen haben mußte. Zudem stand die Reichsarmee im Frieden ganz außer derjenigen Verbindung, welche nöthig gewesen sein möchte, um alle die verschiedenen kleinen Völkerschaften, aus welchen sie zusammengesetzt war, zu gewöhnen,

nen, sich nur als ein Volk zu betrachten und einerlei Zweck zu haben. So aber blieben sie einander fremd, und unter manchen fand wohl gar eine gewisse Nationalantipathie statt, welche unter mehreren benachbarten deutschen Völkerschaften von nicht gleicher Cultur obwaltet. Traf es sich, daß zwei solche rivalisirende oder antipathisirende Völker auf dem Schlachtfelde neben einander standen, so konnte daraus sehr leicht Unordnung und Nachtheil für das Ganze hervorgehen.

Diese von der Reichsarmee bekannten Mängel würden für das Heer des deutschen Bundes nicht zu besorgen sein, wenn bei der Organisation desselben ungefähr nach folgenden Grundsätzen gehandelt würde.

Das Heer des deutschen Bundes fände wohl am schicklichsten vier Oberbefehlshaber unter den Churfürsten. Diese wären Baiern, Sachsen, Braunschweig oder Hessen, so wie

Würtemberg oder Baden alternirend. Unter ihnen stehen die Fürsten und übrigen kleinern Reichsstände, so wie es der geographischen Lage am angemessensten ist. Dies möchte vielleicht folgende Eintheilung sein. Unter Baiern die beiden Reichsstädte Nürnberg und Augsburg, und diejenigen schwäbischen und fränkischen Fürsten und Grafen, deren Besitzungen von den baierischen Ländern eingeschlossen oder begränzt sind. Unter Sachsen, die herzoglichen Häuser, die Fürsten von Anhalt und Schwarzburg, und die Fürsten und Grafen von Schönburg, Reuß und Stollberg. Unter Churbraunschweig oder Hessen, Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig = Wolfenbüttel, die drei Hansestädte, die westphälischen Fürsten und Grafen, Hessen = Darmstadt, die Nassauischen Fürsten, die Reichsstadt Frankfurt und die schicklich gelegenen rheinischen Fürsten und Grafen. Unter Baden oder Würtemberg, Erz=

kanzler, Breisgau, Deutschmeister und die, vermöge ihrer geographischen Lage, hierzu passenden rheinischen, schwäbischen und fränkischen Fürsten und Grafen. Letztere hier, so wie bei den vorigen Angaben nahmhaft zu machen, würde so weitläuftig als unnütz sein, daher ich nur im allgemeinen folgende Grundsätze aufstelle. Das Militär eines Fürsten oder Grafen steht unter dem Oberbefehl desjenigen Churfürsten, mit welchem es am natürlichsten gränzt; weil aber dieß bei mehrern rheinischen, schwäbischen und fränkischen Fürsten und Grafen schwer zu bestimmen sein möchte, wird zwischen den drei hier in Frage stehenden Oberbefehlshabern die nöthige Uebereinkunft getroffen, um zu vermitteln, daß jeder eine ungefähr gleiche starke Macht unter seinem Befehle habe. Völlige Gleichheit möchte freilich, ohne die größten Schwierigkeiten, nicht möglich zu machen sein, doch ist es auch wohl

gleichgültig, ob ein Churfürst über etwas weniger, ein andrer über etwas mehr als 50000 Mann gebietet, wenn nur der Unterschied, zu Vermeidung aller Unannehmlichkeiten, nicht allzugroß ist.

So viel als möglich in den Theilen des Ganzen Gleichheit hervorzubringen, schien es mir auch nöthig, von den vier, im Verhältniß mit Baiern und Sachsen, mindermächtigen Churfürsten nicht jedem ein besonderes Oberkommando zu geben, sondern zwei mit einander alterniren zu lassen. Sachsens Oberkommando läßt sich, meines Bedünkens, nicht vermindern, weil die herzoglichen Linien sich wohl in keinem Falle von der Hauptlinie trennen würden, und die genannten Fürsten und Grafen theils mit Sachsen bereits in Lehnsverbindungen stehen, theils ihre Besitzungen von den sächsischen Landen eingeschlossen sind.

Noch ist zu bemerken, daß Stände, welche in verschiedenen Reichskreisen Besitzungen haben, ihr Contingent auch nicht zu einem Oberkommando stellen könnten. So würde zum Beispiele das Militär des Hauses Stollberg wegen der Stammgüter unter Sachsen, wegen Geudern und Ortenberg aber unter einem andern Oberbefehl stehen. In allen ähnlichen Fällen wäre dasselbe unerläßlich nothwendig, weil das Mobilmachen des Heeres sehr aufgehalten würde, wenn die einzelnen Contingente weit zu ihrem Sammelplatze hätten.

Vor den Kriegsrath jedes befehlführenden Churfürsten gehörten, in letzter Instanz, die militärischen Angelegenheiten aller, unter seinem Commando stehenden, Reichsstände, von welchen jedoch allerdings die größern noch ihren besondern eigenen Kriegsrath haben könnten, und von jenem nur in solchen Dingen ab-

hingen, welche das Ganze und Allgemeine beträfen. Außer diesen vier Oberkriegsräthen, zusammengesetzt aus dem schon bestehenden Kriegsrathe des Churfürsten und den nöthigen Beisitzern der dahin gehörigen Stände, würde noch ein Generalkriegsrath erforderlich sein, um in die Organisation des so sehr verwickelten Ganzen Einheit und Uebereinstimmung zu bringen. Dieser ginge aus dem Kriegsrathe desjenigen Churfürsten hervor, welcher Oberhaupt und Generalbefehlshaber des ganzen Bundes wäre.

Ein solches Oberhaupt scheint mir allerdings nothwendig, weil außerdem das Ganze schwerlich jemals die erforderliche Einheit und Energie bekommen würde. Handelte der deutsche Bund im allgemeinen auch immer nur genau nach gemeinschaftlich geprüften, und als die zweckmäßigsten angenommenen Grundsätzen und Gesetzen: so würde doch der schnelle

Vollzug derselben in wichtigen Fällen äußerst erschwert und verlängert werden, wenn jederzeit vier von einander entfernte Höfe gemeinschaftlich verfahren sollten. Daher wäre neben den vier Oberbefehlshabern, noch ein gemeinschaftliches Oberhaupt und 'Generalbefehlshaber nothwendig, mit welcher Würde einer von den vier Oberbefehlshabern zu bekleiden wäre. Am Hofe und im Kriegsrathe desselben befänden sich Gesandte und Bevollmächtigte der übrigen Oberbefehlshaber, um schnell und gemeinschaftlich auf einen Punkt hin, und von diesem aus, wieder nach allen Punkten wirken zu können.

Ein solches Oberhaupt könnte auf zweierlei Art constituirt werden. Entweder wählte ein Ausschuß der mächtigern Reichsstände solches aus den, bei dem Bunde befindlichen, sechs weltlichen Churfürsten, geschähe dies nun auf Lebenszeit oder auch nur auf eine be-

stimmte Reihe von Jahren, oder der höchste Befehl alternirte, nach einer festgesetzten Frist von Jahren, zwischen den Oberbefehlshabern. Hierbei ist kaum zu erinnern nöthig, daß Braunschweig und Hessen, so wie Baden und Würtemberg darin ebenfalls mit einander abwechselten, und jeden dieser beiden, als eins betrachtet, die Reihe nicht öfter treffen könnte, als Baiern oder Sachsen allein.

Das Ganze aus so mancherlei Volk zusammen gesetzte Heer würde nach einerlei Grundsätzen und Disciplin behandelt, so wie diese die, gegenwärtig so sehr veränderte und so hoch gestiegene, Kriegskunst vorschreiben möchte. Alle Truppen erhielten gleichen Sold und wenigstens in Schnitt und Form gleiche Montirung, wenn auch nicht von gleicher Farbe, wiewohl zu wünschen wäre, daß auch in diesem Falle nach und nach Einheit bewerkstelligt würde. Theils wegen des mißfälligen Aeuſ-

sern, das ein so buntes Heer hat, theils wegen der möglichen Verwechselungen und Unordnungen, welche die Mannichfaltigkeit der Uniformen auf dem Schlachtfelde hervorbringen kann.

Die kleinern Reichsstände stellten blos Fußvolk, die dazu verhältnißmäßig erforderliche Reiterei und Artillerie würde von den größern besorgt; weil aber bekanntlich letztere weit mehr zu unterhalten kosten, würde der Betrag dieser mehrern Kosten gleichmäßig vertheilt, und auch mit auf diejenigen Stände gelegt, welche nur Fußvolk stellten. Diese Einrichtung scheint mir unerläßlich nothwendig; denn es würde mancherlei Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten verursachen, wenn jeder Reichsstand die, seinem Fußvolke, verhältnißmäßigen Reiter stellen sollte, und in Betreff der Artilleristen wäre es ganz unausführbar, weil diese nur in größern Ländern,

welche die dazu nöthigen Anstalten besitzen, gebildet werden können.

Diesem Mangel an Reiterei würde dadurch abgeholfen, daß im Gegentheile wieder Stände, welche sich schicklich dazu eigneten, wie zum Beispiele Mecklenburg und Oldenburg, nichts als Reiterei lieferten.

Die Unterhaltung eines Kriegsheeres, kostet, wie bekannt, weniger, wenn die Regimenter und Compagnieen stark sind, weil dabei Officiere, besonders viele Staabsofficiere erspart werden. Diese Oeconomie würde soviel als möglich auch bei dem Heere des deutschen Bundes angewendet, welcher jedoch die Stärke der zahlreichsten Regimenter in der österreichischen oder preußischen Armee nicht als Norm annehmen könnte, weil hieraus bei Stellung der kleinern Contingente noch mehr Unbequemlichkeiteu entständen. Im Allgemeinen ließe sich wohl Folgendes schicklich an-

nehmen. Ein Regiment Fußvolk bestände aus 2 Bataillons Musketiers, jedes von 4 Compagnieen und 2 Compagnieen Grenadiers, die Compagnie von einem wie dem andern zu 150 bis 160 Mann. Ein Regiment Reiterei hätte 1000 Mann in 5 bis 6 Schwadronen, mit Ausnahme der Husaren, welche auf 1500 Mann gebracht werden könnten. Durchgängig würde indeß diese Einrichtung nicht angewendet werden können, weil es zu viele Schwierigkeiten und Collisionen verursachen möchte, wenn, um völlige Gleichheit der Regimenter hervorzubringen, ein Reichsstand von seinem Contingent etwas an einen andern überlassen, ein anderer dagegen vom Contingent seines Nachbars dem seinen etwas anschließen sollte, blos damit alle Regimenter an Zahl völlig gleich würden. Dagegen wäre es weit zweckmäßiger, aus dem Contingent eines Standes oder ständischen Hauses ein für

sich bestehendes Regiment zu bilden, sobald es nur einigermaßen eine hierzu schickliche Stärke hätte. So könnte, um ein Beispiel anzuführen, das schwarzburgische Contingent, so wie das reußische füglich ein für sich bestehendes Regiment ausmachen, obgleich nach der oben mitgetheilten Angabe, das erstere stärker, das letzte schwächer werden würde, als die für ein Regiment angenommene Normalzahl. Ein schwächeres Regiment bekäme weniger, ein stärkeres mehr als 10 Compagnieen, und in beiden Fällen würden die Compagnieen zuweilen überzählig gemacht werden müssen, wenn nach Vertheilung des größern Theils in Compagnieen noch ein Ueberschuß bliebe, welcher zu gering wäre, eine eigene daraus zu machen, und daher schicklicher bei den übrigen mit untergesteckt würde.

Da mehrere von den kleinsten Reichsständen nicht einmal ein Bataillon zu stellen hät-

ten, formirten sie entweder aus den Contingenten verschiedener benachbarten ein Regiment, oder es schlösse ein solcher Reichsstand seine Mannschaft einem mächtigern Nachbar an.

Solche Stände, welche nicht mehr als ein Regiment stellen, hielten auch keinen höhern Officier als einen Obersten; das Regiment führte den Namen des Hauses, und hätte einen Prinzen desselben zum Inhaber. Generale befänden sich nur bei solchen Contingenten, welche aus zwei oder mehrern Regimentern beständen.

In Betreff der höhern Officiere, vom Major an, würde es rathsam sein, daß das Avancement durchgehend wäre, wo nicht durch das ganze Heer, wiewohl dies, zu Beförderung des Gemeingeistes zu wünschen wäre, doch zum mindesten unter jeder Abtheilung desselben, welche unter einem Obercommando stän-

de. Außerdem würde es den kleinern Reichsständen an guten Staabsofficieren fehlen, und diesen bliebe im Allgemeinen keine Aussicht, als es höchstens bis zum Obersten zu bringen.

Die verschiedenen Truppen noch mehr in gegenseitige Verbindung zu bringen, und dabei zugleich durchgängig einerlei Disciplin zu bewirken, stände jedes ständische Regiment sowohl unter einem Mustergeneral seines Oberbefehlshabers, wie dessen eigene Truppen. Jedes Frühjahr wäre allgemeine Musterung, jeden Herbst würde ein Lagrr gehalten, immer nur von den, unter einem Oberbefehl stehenden Truppen. Diese Lager kämen also aller 4 Jahre der Reihe nach herum, und würden nothwendig sein, die Truppen gehörig zu üben, und Einheit in dem Ganzen zu erhalten, welcher Zweck auch dadurch befördert werden würde, wenn jedes Lager Officiere der

übrigen drei Oberabtheilungen besuchten.

Dies sei genug, um darzustellen, daß unter dem zusammengesetzten Heere des deutschen Bundes Einheit und Uebereinstimmnng möglich zu machen wäre. Meinen Gegenstand zu erschöpfen, ist nicht die Absicht dieser Blätter, erfordert auch mehr Raum, als mein Plan mir vorschreibt. Diesen darzulegen, sind Fingerzeige hinreichend; bei der praktischen Ausführung desselben würden vielleicht, wie ich mich gern bescheide, manche Modificationen statt finden müssen, resultirend aus genauen Prüfungen, besonders an Ort und Stelle berichtigt. Irre ich mich nicht ganz: so geht gleichwohl aus dem Wenigen, was ich sagte, deutlich hervor, daß meine Idee ausführbar und die Organisation des Heeres eines deutschen Bundes nicht mühsamer, ja wohl nicht einmal mit so vieler Schwierigkeit oer-

bunden wäre, als die Zusammentreibung einer Reichsarmee. Nur die erste Einrichtung würde mancherlei Schwierigkeiten machen; wäre diese glücklich durchgeführt: so ginge in der Folge alles ruhig seinen Gang, und das Heer des deutschen Bundes stände nicht in der traurigen Gestalt der Reichsarmee, sondern inniger verbunden und kraftvoll da.

Ich fühle recht wohl, daß man mir manchen Einwurf machen könnte; von allen scheinen mir aber nur zwei werth, ihnen im voraus zu begegnen.

Man hat sehr viel über den Nachtheil der stehenden Heere gesprochen, und ich verkenne diesen nicht, finde aber auch auf der andern Seite, daß stehende Heere in der gegenwärtigen Lage der Dinge ein noch nothwendigeres Uebel geworden sind, als sie es schon seit etlichen Jahrhunderten waren. Kömmt einst die glückliche Zeit, wo jeder Staat mit dem

Sei-

Seinigen zufrieden sein wird, wo die Politik aller sich darauf beschränkt, nur das schon erworbene Land möglichst zu cultiviren, ohne ferner auf Vergrößerungen auf Kosten der Nachbarn zu denken; verbreitet einst dieses goldne Zeitalter ein Glück über die Menschen, um welches sie ein Patriarch beneiden könnte, dann bedürften wir freilich keiner stehenden Heere mehr. Bis dahin aber möchten sie nothwendig sein, so wie die Verstärkung derselben jetzt, wo Frankreich das Seinige zu einer so ungeheuern Größe gebracht hat. Dieser furchtbare Nachbar nöthigt auch Deutschland zu einer Verstärkung seiner Kriegsmacht, und das von mir vorgeschlagene Verhältniß würde seiner Bevölkerung sehr angemessen sein, auch dem Allgemeinen eher Nutzen als Schaden bringen, da es zu den nöthigen Arbeiten nicht an Händen fehlt, im Gegentheile der unbeschäftigten Hände noch so viele sind,

wie aus den, von allen Seiten unsers Vaterlandes erschallenden Klagen über Mangel an Nahrung und immer zunehmende Anzahl der Armen sich leider nur zu deutlich veroffenbart. Hier ist also keine Gefahr, daß Vermehrung des Militärs den Ackerbau und die Gewerbe der nöthigen Arbeiter berauben würde, besonders, weil diese in den Soldaten immer noch Mitarbeiter behielten.

Das Heer des deutschen Bundes bestände aus lauter Inländern, welche man also nicht, der Desertion vorzubeugen, in Festungen zu sperren brauchte, oder in Betreff ihrer Beurlaubung großer Vorsicht nöthig hätte. Die Zeit der Musterung und Lager abgerechnet, könnten folglich alle beurlaubt werden, welche nicht aus Mangel an Beschäftigung selbst lieber im Dienste blieben. Den Dienst minder abschreckend zu machen, als er im Allgemeinen für so Viele ist, und welches beson-

ders in solchen Ländern der Fall sein würde, wo bisher wenig Militär war, und noch dazu unter einer höchst milden Disciplin stand, würde es gerathen sein, allen Recruten eine Capitulation auf 12 Jahre zu geben, nach deren Verlauf sie ihren Abschied bekommen könnten, doch mit demselben die Verbindlichkeit übernähmen, für die nächsten 6 Jahre noch immer zum Dienste bereit zu bleiben, sobald das Bedürfniß des Vaterlandes sie zu demselben zurückriefe. Dieses verschaffte dem deutschen Bunde den großen Vortheil, in Zeiten der Gefahr sein Heer sogleich ungefähr um ein Drittel seines eigentlichen Bestandes vermehren zu können, und zwar nicht aus Depots kaum geworbener, zum Theil noch ziemlich roher Mannschaft, sondern mit alten gedienten, völlig brauchbaren Leuten.

Ich weiß, daß man bei großen Heeren nicht gern Capitulation, wenigstens nicht auf

kurze Zeit annimmt, weil hierdurch bey starkem Abgange im Felde, die nöthige Recrutirung noch mehr erschwert wird; bei dem deutschen Heere kann aber diese Rücksicht nicht in Betracht kommen, weil dasselbe äußerst selten in das Feld gehen würde.

Unstreitig würde sich der deutsche Bund in den Kriegen seiner Nachbarn im Allgemeinen bei Beobachtung der Neutralität am besten befinden, weil in Kriegen sich nur selten der Erfolg sicher voraus berechnen läßt, sehr oft auf beiden Seiten statt findet, und ein mindermächtiger Staat bei der Theilnahme an einem Kriege doppelt wagt; Deutschland ist aber im Verhältniß zu allen seinen Nachbaren mindermächtig, selbst in Betracht Preußens, obschon dieses weniger Bewohner zählt. Behauptung der Neutralität hängt freilich nicht von dem Staate ab, welcher sich dieselbe zum Zwecke macht, doch hat er nicht etwas zu be-

sorgen, wenn er hinreichende Kräfte besitzt, sie nöthigen Falles mit den Waffen zu behaupten, und diese Kraft wird man Deutschland nicht absprechen können. Würde auch in einem Kriege zwischen zwei benachbarten Staaten jede Parthei sich eifrigst bemühen, den deutschen Bund zum Alliirten zu bekommen: so könnte er doch nicht leicht von irgend einer genöthigt werden, ihr beizutreten, weil Zwang sehr leicht einen entgegengesetzten Erfolg haben, und den Uebertritt des Bundes zur Gegenparthei bewirken könnte. Dies würde jede Parthei möglichst vermeiden, weil die entgegengesetzte, im Fall sie auch an eigenthümlichen Kräftern die schwächere wäre, durch Vereinigung mit Deutschlands Gesammtkraft, die stärkere werden würde, oder jener dann zum mindesten an Kräften beikäme. Dies weitläuftig aus einander zu setzen, ist hier nicht der Ort, daher genüge es an der

Aufstellung nachstehender allgemeinen Sätze, deren Gültigkeit hoffentlich jeder Unpartheiische und Sachkundige anerkennen wird.

Obschon nicht immer im Kriege die Masse der Streitkräfte, vielmehr die richtige und weise Benutzung derselben, oft allein das überlegene Genie eines einzigen Feldherrn entscheidet, kann man doch bei Vergleichung zweier Staaten oder zweier kriegführenden Partheien, wenn auch die eine nur aus einem Staate, die andere aus mehrern Verbündeten besteht, blos die wahren eigenthümlichen Kräfte jeder Parthei in Anschlag bringen. Sind diese gleich, wer möchte dann im voraus entscheiden wollen, auf welche Seite Kriegsglück oder Zufall den Sieg wenden möchten. Nur dann könnte eine solche Voraussagung nicht schwer fallen, wenn es schon einleuchtete, daß sich auf der einen Seite überlegenes Genie befände, oder auf der andern keine andere als schlechte Be-

nutzung der Kräfte zu erwarten wäre, oder auch beides zugleich. Nicht selten resultirt gleich aus dem Anfange eines Krieges dessen Ausgang höchst wahrscheinlich, dennoch läßt er sich nie bestimmen, da man unmöglich voraus sehen kann, ob zum Beispiele die eine Partheiihre Kräfte nie besser wird anwenden lernen, oder die andere des überlegenen Genies, welches vielleicht allein den Sieg an ihre Waffen fesselte, verlustig werden, oder dasselbe durch ein anderes, aus der Gegenparthei hervorgehendes Genie aufgewogen werden kann. Eigenthümliche Kraft bleibt immer das einzige wahre Gewicht in der Waagschale, und nur durch zufällige Beilagen wird in der Folge eine oder die andere nieder gezogen. Die oft gemachte Erfahrung, daß scheinbar eigenthümliche Kraft in der Anwendung vermindert wird, wenn sie sich nicht in einem Punkte concentrirt, hat veranlaßt, als Regel anzuneh-

men, wenn im Kriege Einer gegen mehrere Verbündete stände, sei das Uebergewicht auf seiner Seite, auch dann, wenn die Heere der Gegner dem seinigen an Zahl nicht nur gleich kämen, sondern es noch überträfen; gleichwohl zeigt uns die Geschichte mehrere Ausnahmen dieser, freilich meistens zutreffenden Regel. Schlugen nicht die Griechen, so uneins sie oft unter sich waren, vereinigt die Perser? Fochten nicht im siebenjährigen Kriege Friedrichs Verbündete so tapfer, wie er und die Seinigen selbst? und würde er, ungeachtet seiner entschiedenen Superiorität des Geistes, einen ihm so ehrenvollen Frieden haben erringen können, hätte unter den Verbündeten der Gegenpartheí gleiche Einigkeit statt gefunden.

Aus diesen Prämissen wird man nicht ohne Fug das Resultat ziehen dürfen: Der deutsche Bund werde in einem Kriege seiner Nach-

barn nicht von einer Parthei gezwungen werden können, von dem System strenger Neutralität abzuweichen, weil er durch versuchte Zwangsmittel bewogen werden möchte, sich für die Gegenparthey zu erklären und dadurch jener kräftig zu schaden. Es liegt, dünkt mich, zu Tage, daß Preußen in einem Kriege mit Oesterreich den deutschen Bund nicht gegen sich reizen würde, weil dessen zu besorgender Uebertritt auf Oesterreichs Seite das natürliche Uebergewicht dieser Macht sehr beträchtlich vermehren müßte. Doch auch von Oesterreich ist ein solches Verfahren kaum zu besorgen; denn würde es wohl je Preußens ihm ohnehin nicht gleichgültige Kräfte beinahe verdoppeln wollen? Mehr hätte Deutschland von einem Kriege zwischen Oesterreich und Frankreich von letzterem zu fürchten, so lange dieß im Besitze der Kräfte bleibt, über welche es jetzt mittelbar gebietet. In Ver-

bindung mit denselben bliebe es immer noch mächtiger, als Oesterreich mit Deutschland verbunden; bevor indeß Frankreich England nicht zu einem Staate vom letzten Range herabgewürdigt hat, möchte Deutschland wenig zu besorgen haben. Nähme England nicht bereits, als Oesterreichs Verbündeter an dem Kriege Theil: so würde diese, seit Jahrhunderten mit Frankreich rivalisirende Macht nicht länger damit zögern, wenn sie des Beitrittes eines Staates gewiß wäre, welcher im Nothfalle ein Heer von mehr als 250000 Mann in das Feld stellen könnte.

Es läßt sich daher beinahe mit Zuversicht annehmen, daß Deutschlands Neutralität unverletzt bleiben würde, wenn es in einem Kriege seiner Nachbaren jeder Parthey erklärte, daß es selbst die strengste Neutralität beobachten, sich aber, sobald diese eine der streitenden Partheien verletzte, ohne weiteres an

die andere anschließen, und den feindlichen Handlungen jener seine ganze Macht entgegensetzen würde. Von einem an sich kraftlosen oder seine natürlichen Kräfte nicht benutzenden Staate wäre freilich eine solche Sprache so lächerlich als unnütz; allein hier würde sie nicht ohne Wirkung bleiben, weil sie durch ein Heer von 200000 Mann wohlgeübter Soldaten, das nöthigen Falles sogleich noch um ein Drittel zu verstärken wäre, Nachdruck erhalten und unterstützt werden könnte.

Den Ernst, seine Neutralität mit den Waffen zu behaupten, deutlich zu zeigen, träfe der deutsche Bund in jedem ihm nahen Kriege im voraus Vorkehrungen, mit seinem Heere im Nothfall möglichst schnell im Felde erscheinen zu können. Die nöthigen Kriegsbedürfnisse müßten bereit, die Magazine immer gefüllt sein, um zum schnellen Mobilmachen des Heeres nichts weiter nöthig zu haben, als die

Beurlaubten einzuziehen, Stückpferde und Stückknechte anzuschaffen, und die Feldbäckerei und das Fuhrwesen in Ordnung zu bringen. Dieses alles wäre vielleicht in einer Zeit von einem Monate zu bewerkstelligen; mit Ende desselben könnte sich auf dem Punkte, welchem Gefahr drohte, schon ein zahlreiches Heer zusammengezogen haben, und im Laufe eines zweiten könnten alle Contingente, auch von den entferntesten Gränzen, entweder mit jenem Heer vereinigt oder an demjenigen Theile der Gränze, wo dessen Gegenwart eben am nöthigsten wäre, eingetroffen sein.

In Zeiten, wo sich der Krieg den Gränzen näherte, oder wo Zusammenziehung eines Heeres in einem benachbarten Staate Gefahr besorgen ließe, besetzte Deutschland seine Gränzen mit einem starken Cordon, und das ganze übrige Heer wäre bereit, sich auf den ersten Befehl marschfertig zu machen. Ein

solcher Cordon müßte, der Geschwindigkeit wegen, aus den Truppen der nächstgelegenen Bundesglieder zusammengezogen werden; diese trügen aber, wie ich zum Ueberfluß erinnere, die Beschwerden desselben nicht allein. Entweder würden die Truppen von Zeit zu Zeit durch andere abgelöst, oder wenn man, zu Vermeidung größerer Kosten, die Contingente aus den entferntern Gegenden nicht herbeiziehen wollte, würde der Aufwand für die Rüstungen verhältnißmäßig vertheilt, gemeinschaftlich getragen, und den Ständen, welche die Truppen dazu gegeben hätten, vergütet. Ueberhaupt handelte der deutsche Bund in allem und trüge alles gemeinschaftlich, möchten nun die Rüstungen an der Elbe, am Rhein oder an der Donau gemacht werden müssen. Beschlossen und geleitet würde alles von dem Generalkriegsrathe, dessen Präsident der das Generalkommando führende Churfürst wäre.

Nach dem von diesem höchsten Departement vorgezeichneten Plane handelten im allgemeinen die Generale im Felde; in einem Kriege wären sie aber, unabhängig vom Generalkriegsrathe, einem Generalissimus unterworfen, welchem von jenem die Ausführung des Ganzen in seinen einzelnen Theilen und die Direction der Operationen unbeschränkt übertragen würde, da die Erfahrung nur allzuoft bestätig hat, daß Abhängigkeit von einem entfernten Kriegsrathe einen General hindert, und die Kräfte seines Heeres lähmt.

Die Wahl eines solchen höchsten Befehlshabers würde immer schwierig sein; am meisten aber dann, wenn das Avancement der Stabsofficiere nicht durch das ganze Heer des deutschen Bundes ginge, sondern sich auf jedes der vier Oberkommandos beschränkte. Der vornehmste General eines jeden würde dann glauben, auf den höchsten Befehl gleiche An-

sprüche zu haben, welches eine dem Ganzen gefährliche Rivalität der Generale zur Folge haben könnte. Diese findet jedoch nicht selten auch bei den Generalen nur einer Armee statt, daher wäre es vielleicht am gerathensten, jederzeit einen der vornehmsten Fürsten Deutschlands an die Spitze des gesammten Heeres zu stellen. Aus allen unsern größern Fürstenhäusern gingen ja schon Helden hervor, deren Namen in der Geschichte unsterblich bleiben werden, und es wird hoffentlich auch in der Folge nicht daran mangeln.

Ich füge noch einige Bemerkungen bei, welche das bisher gesagte veranlaßt.

Möchte nicht zu besorgen sein, daß in einem Heere, welches zunächst durch sein Dasein den Frieden sichern, und nur in den dringendsten Nothfällen Krieg führen sollte, an guten Officieren Mangel sein würde? und sind nicht diese die Seele des ganzen Heeres? Das

sind sie allerdings, besonders jetzt, wo die Tactik so sehr verfeinert und vervollkommnet worden ist, auch durch den Gebrauch der Artillerie mehr entschieden wird, als jemals zuvor; doch würde es auch dem deutschen Heere nicht an brauchbaren Officieren fehlen, wenn nur überall für gute Bildungsanstalten gesorgt würde.

Wäre ein großer Theil der Officiere in wohl eingerichteten Militärschulen in der Theorie der Kriegskunst und in allen dahin gehörigen Hülfswissenschaften sattsam unterrichtet worden: so würden sie sich mit den Officieren eines andern Heeres, welche vielleicht einen großen Theil ihres Lebens im Felde zugebracht hätten, unbesorgt messen können. Talentvolle Köpfe bilden sich, wenn ihnen die nöthigen Vorkenntnisse nicht mangeln, im Kriege schnell practisch aus, zu welchem Erfahrungssatze besonders neuerlich die französischen

schen' Heere so viele Belege gegeben' haben. In einer Militärschule erzogen, war Bonaparte 3 Jahr zuvor, ehe er, als Obergeneral in Italien, die Aufmerksamkeit von ganz Europa auf sich zog, noch bloßer Lieutenant, und Moreau, anerkannt der größte französische General im Revolutionskriege, bildete sich selbst ganz allein, indem er, zuvor ein Advocat, die Kriegskunst nur als Dilettant studierte. Glaubte man jedoch, daß Studium nicht allein hinreichend wäre: so ließe sich auch wohl die Einrichtung treffen, Officiere des deutschen Heeres, damit sie sich practische Kriegskunde erwürben, an auswärtigen Kriegen als Volontärs Theil nehmen zu lassen.

Das System einer bewaffneten Neutralität würde zuweilen bedeutende Summen erfordern; aber unbedeutend werden diese, wenn man sie gegen die dadurch bewirkten weit grössern Ersparnisse hält. Ein einziger Feldzug

kostet so viel, als ein Cordon viele Jahre lang. In einem Kriege, auch wenn er glücklich geführt wird, verliert ein Land dennoch die Summen, welche das Heer außerhalb der vaterländischen Gränzen verzehrt, denn der höchst glückliche Fall, daß es ganz auf Kosten des Feindes leben kann, tritt äußerst selten ein; und nimmt vollends der Krieg eine unglückliche Wendung: so hat das Land nicht nur sein Heer, sondern großentheils auch das feindliche zu ernähren.

In einem Cordon findet Deutschland, nach meinem Dafürhalten, das einzige Sicherungsmittel wider einen Krieg, welchen es vermeiden will, weil seine geographische Lage nicht verstattet, seine Gränzen durch Festungen zu decken. Am ersten wäre dies noch gegen Oestreich möglich; die weit ausgedehnte Gränze gegen Frankreich auf diese Art schützen zu wollen, würde ein Unternehmen sein,

das Deutschlands Kräfte überstiege, und gegen Preußen wäre dieses Vertheidigungsmittel durchaus nicht anwendbar, weil es zu viele Besitzungen mitten unter, ja selbst in andern deutschen Ländern hat. Wie könnte, um nur ein Beispiel anzuführen, Sachsen sich gegen Preußen durch Festungen schützen wollen, da letzteres mitten in Sachsen eine Festung besitzt, zu deren Belagerung, wenn sie verstärkt und nach neuer Art fortificirt würde, vielleicht das ganze sächsische Heer kaum hinreichend wäre? Deutschland verzichte überhaupt lieber ganz auf ein Vertheidigungsmittel, dessen Unzulänglichkeit besonders im letzten Kriege so oft erwiesen worden ist. Nicht in Festungen kann es Schutz finden; der Muth und die Vaterlandsliebe seiner Bewohner kann ihm allein solchen gewähren.

Bis hieher befinden sich noch nicht in allen deutschen Staaten beständige Magazine, so

sehr dies auch zu wünschen wäre, Theurungen vorzubeugen, und dem Wucher mit den ersten Lebensbedürfnissen zu steuern. Nach der Vereinigung des deutschen Bundes wäre die Einrichtung derselben allgemein um so nöthiger, um sogleich Proviant zu haben, wenn ein Heer in das Feld rücken sollte, möchte es nun in dieser oder jener Gegend Deutschlands sein.

Um ein Heer schnell in das Feld zu stellen, sind aber nicht blos vorräthige Magazine nöthig, sondern auch nicht minder dringend, hinreichende Mittel für die Kriegscasse desselben. Dieses zweite nöthige Erforderniß möchte für das Heer des deutschen Bundes nicht ganz so leicht herbei zu schaffen sein, als das erste, doch würde es bei ernstem Willen nie an Mitteln dazu fehlen.

Ein Gesetz des deutschen Bundes legte allen Mitgliedern auf, die Kriegscasse durch

Anweisungen auf andere sichere Cassen in den Stand zu setzen, daß der Sold immer pünktlich bezahlt, in nöthigen Fällen auch auf drei Monate vorher erhoben werden könnte. Ein zweites bestimmte, was jeder Reichsstand zu bezahlen hätte, so lange die Truppen im Felde ständen. Ein drittes setzte fest, daß ein Verlust an Munition, Bagage und dergl., welcher einen einzelnen Theil des Heeres träfe, nicht von dem Stande, oder den Ständen, aus deren Contingenten er bestände, sondern von der ganzen Gemeinheit getragen, und aus der gemeinschaftlichen Kriegscasse bezahlt werden sollte, welche daher auch für solche nicht im voraus zu berechnende Fälle Zuflüsse haben müßte. Wenn man aber auch diese Gesetze allgemein anerkannt hätte, und der Gesammtheit des Bundes die Befugniß zugetheilt worden wäre, gegen säumige Zahler mit Execution zu verfahren: so sicherte dies die

Kriegscasse immer noch nicht hinlänglich. Man weiß, wie nachlässig in vorigen Reichskriegen manche Stände in Zahlung ihrer Beiträge zur Kriegscasse gewesen sind, und dies könnte in Kriegen des deutschen Bundes, wenigstens in Betreff einiger kleinen Stände, um so eher auch der Fall sein, da es notorisch ist, daß sich die Finanzen verschiedener in so zerrüttetem Zustande befinden, daß es ihnen sogar an dem nöthigen Credite fehlt. Da nun von dem guten Zustande der Kriegscasse sehr oft die Operationen in ihrem guten oder schlechten Erfolge abhängen, würde es nöthig sein, solche Vorkehrungen zu treffen, daß die Casse auch dann nicht in Verlegenheit käme, wenn durch Schuld säumiger Zahler Lücken in derselben entständen. Diese nicht ganz leichte Aufgabe wäre dennoch ohne große Mühe zu lösen, wenn diejenigen deutschen Fürsten, welche baare Schätze besitzen — und man zählt

deren bekanntlich mehrere — dem Kriegszahlamte die nöthigen Capitale überließen, um damit das, in der Casse zuweilen entstehende, Deficit decken zu können. Für die Sicherheit desselben bürgte die Gesammtheit des deutschen Bundes, welcher dafür wieder an den rückständigen Gliedern seinen Regreß nähme, und sie, im dringendsten Falle, durch Executionsmittel zur Bezahlung der Schuld und mäßiger, voraus bestimmter Zinsen nöthigte.

Ich fürchte nicht, daß einer meiner Leser mich eines Widerspruchs beschuldigen wird, weil ich zuerst die strengste Neutralität als Hauptgrundgesetz des deutschen Bundes angenommen, ihn zugleich aber auch, als in Kriege verwickelt, mir gedacht habe. Bei der angelegensten Sorgfalt möchte es dem Bunde gleichwohl schwerlich gelingen, seine Neutralität jederzeit zu behaupten, auch könnten Fälle eintreten, wo er es sich und dem allgemeinen

Besten zuträglich fände, das System der Neutralität auf einige Zeit zu verlassen, worüber ich mich weiter unten erklären werde.

Jetzt noch etwas von den Veränderungen, welche die Errichtung eines deutschen Fürstenbundes für Deutschland und seine Verhältnisse zur Folge haben möchte; von den Vortheilen, die er unserm Vaterlande bringen würde, und von den Hoffnungen, die er, bei fester Fortdauer, in der Folge verspräche.

Ich habe oben gesagt, daß alle Reichsstände, ungeachtet ihres Zusammentrittes zu einem, neben dem Reichsverbande bestehenden, engern Bunde, völlig in denselben Verhältnissen blieben, in welchen sie jetzt mit Kaiser und Reich stehen. Alle behielten die Rechte und Freiheiten, welcher sie gegenwärtig genießen; der Reichstag bliebe in seinem Bestande, und wie er, entschieden noch immer die beiden höchsten Reichsgerichte in den Angelegen-

heiten und Streitigkeiten der Stände. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß der Fürstenbund auch manche wichtige Veränderungen hervorbringen würde. In Betreff seiner innern Verhältniße behielte Deutschland völlig die jetzt bestehende Verfassung, aber in seinen Beziehungen auf das Ausland gingen Veränderungen vor.

Ein Landfriedensbruch, wenn er nicht vielleicht sofort von einigen Mitgliedern des Bundes, welche doch alle zur Erhaltung des Landfriedens sich verbunden hätten, beigelegt und unterdrückt würde, käme, wie bis hieher, vor dem Kaiser zur Sprache; die Frage über Krieg und Frieden mit dem Auslande möchte dann aber wohl schwerlich wieder auf dem Reichstage entschieden werden, weil die Fürsten in Beisein Oesterreichs und Preußens sich nicht so rücksichtlos und unbefangen berathschlagen könnten, als wenn sie für sich allein

darüber zu Rathe gingen. Dies geschähe wohl ohne Zweifel zuerst im Generalkriegsrathe, und würde dann in den Oberkriegsräthen weiter erörtert und erwogen. Zwar könnte es auch auf einer Art von Kreisversammlungen geschehen, indem die zu einem Oberkommando gehörigen Stände zusammen kämen; allein dies würde schon mehr Zeitaufenthalt verursachen, und dabei zugleich ein leicht nachtheiliges öffentliches Aufsehen erregen, welches ganz vermieden werden könnte, wenn die Kriegsräthe im Geheim zu Rathe gingen, und das Resultat ihrer Berathungen den Behörden durch Couriere, zur schnellen Ueberlegung und Beantwortung mittheilten. Dieser Gang wäre indeß etwas weitläufig; auch könnte, was noch Geheimniß bleiben sollte, auf demselben leicht zu früh zur Publicität gelangen. Daher möchte es rathsamer sein, die wichtige Frage über Krieg und Frieden von dem Ausschusse,

welcher den Generalbefehlshaber wählte, in Verbindung mit den Churfürsten entscheiden zu lassen. Hätten die Mitglieder dieses Ausschusses, wie sich voraussetzen läßt, am Hofe des Generalbefehlshabers Bevollmächtigte: so könnte eine solche Entscheidung so schnell als geheim erfolgen, weshalb dieses Verfahren vorzüglicher als jedes andere scheint, gesetzt auch, daß dann vielleicht einige kleine Stände klagen möchten, man zöge sie mit in Unternehmungen, zu welchen sie freiwillig nicht gestimmt haben würden. Es ist unmöglich, bei Handlungen für das Allgemeine, allemal auf jeden Einzelnen Rücksicht zu nehmen, und die kleinern Stände hätten auch wohl keine Ursache sich zu beklagen, da ihre Stimme, aus politischen Gründen, auf dem Reichstage ebenfalls nicht durchdringt, und von den kleinsten überdieß 30, 40 und mehrere nur eine einzige Stimme haben.

Auch in der Diplomatik möchte der Fürstenbund einige Veränderungen hervorbringen. Die Gesandten, welche auswärtige Mächte bei dem Reichstage haben, besuchten, wenn daselbst für ihr Interesse wenig mehr auszurichten wäre, dann wahrscheinlich den Hof des Generalbefehlhabers des deutschen Bundes. Dagegen hätten Deutschlands größere Fürsten nicht nöthig, an allen großen europäischen Höfen Gesandte zu halten. Für gewöhnlich würde der Bevollmächtigte des deutschen Bundes ihr gemeinsames Interesse vertreten können, so daß nur bei außerordentlichen Gelegenheiten ein besonderer Abgeordneter nöthig wäre.

Die unausbleiblich guten Folgen eines Fürstenbundes für unser ganzes Vaterland, werden sich zwar dem Nachdenken jedes Lesers sehr leicht von selbst darbieten, doch glaube ich hier einige namhaft machen zu müssen.

Nach Deutschlands gegenwärtiger Lage verkündigen ihm alle Politiker für die Zukunft völlige Auflösung, vielleicht das Schicksal Polens und Venedigs. Es ist nicht zu leugnen, daß es nach dem Vollzug des Lüneviller Friedens mehr concentrirte Kraft bekommen hat, indem sich seine, in so viele kleine zertheilte Staaten in weniger größere formten; diese Staaten sind aber immer noch zu klein, um gegen die mächtigern Nachbarn in etwas andern, als einem allgemeinen Verbande Schutz zu finden. Herr Gaspari bemerkt daher sehr richtig: es würde Frankreich bei einem künftigen neuen Unternehmen wider Deutschland sehr gleichgültig sein, ob es seine Heere gegen Staaten von 5 bis 6 oder von 50 bis 60 und mehrern Quadratmeilen führte. Nicht einer, selbst der größern Staaten Deutschlands, ist mächtig genug, sich selbst zu schützen, und wie die kleinern von den mächtigern, so hängen

diese wieder von der Discretion übermächtiger Nachbarn ab. Auch in dem Falle, daß man ihm selbst Vortheile dabei verspräche, würde kein Stand so leicht einen andern aufopfern lassen, wenn er mit demselben in einem engen Verbande stände, von welchem er für sich wieder in Nothfällen Schutz erwarten könnte.

Vor jeder Gefahr vermöchte zwar der deutsche Fürstenbund nicht zu schützen, doch in einer ganz schutzlosen Lage ist auch schon Schutz wider manche Gefahr offenbar großer Gewinn. Deutschland könnte, fest vereinigt, nicht leicht genöthigt werden, an den Kriegen seiner Nachbarn Theil zu nehmen; auch könnte dann nicht mehr ein einzelner deutscher Fürst angegriffen werden, was doch oft, wenn auch nur mittelbar, den Nachbarn großen Schaden bringt. Hätte der deutsche Fürstenbund vor einem Jahre bestanden: so seufzte Hannover jetzt wahrscheinlich nicht unter dem

Drucke der Kriegsdrangsale, die Elbe und Weser wären nicht gesperrt, nicht dadurch der Handel gehemmt, und für ganz Deutschland eine Menge Bedürfnisse vertheuert. Die französische Regierung scheint, nach den getroffenen Vorkehrungen, zu lebhaft zu fühlen, welchen Aufwand an Kraft der Krieg gegen England erfordert, als daß man vermuthen könnte, sie würde, um Hannover zu besetzen, Deutschland angegriffen haben, wenn sie hier eine Macht von 200000 Mann sich entgegen fand. Auch möchten Preußen und Oesterreich einem Angriffe des gesammten deutschen Reiches nicht so gleichgültig zugesehen haben, wie der Wegnahme der deutschen Lande des Königs von England.

Besonders lassen sich auch aus der Geschichte des letzten Krieges Folgerungen ziehen, welche Vortheile der Fürstenbund dem Vaterlande bringen könnte. Cüstine begann

den Krieg gegen das deutsche Reich mit einem Haufen von nicht mehr als 30000 Mann, und nahm damit Mainz weg, dessen Wiedereroberung die Alliirten einen großen Theil des nächsten Feldzuges kostete. Wäre der deutsche Bund damals schon errichtet gewesen, hätte er die gefährdeten Gränzen mit einem Cordon besetzt gehabt: so konnte Cüstine mit einem so geringen Heerhaufen nichts unternehmen, oder seine Unternehmungen würden wenigstens nicht in dem Maaße gelungen sein. Weil nun Frankreich zu jener Zeit schwerlich seinen übrigen nöthigen Heeren mehr Truppen hätte entziehen können, um gegen Deutschland ein stärkeres zu schicken: so läßt sich mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß Deutschland überhaupt nicht in den Krieg verwickelt worden wäre, welcher es um 4 Millionen seiner Einwohner brachte. Hätten dann ferner die Alliirten nicht nöthig gehabt, einen großen Theil ihrer Macht

zur Belagerung von Mainz und zu dem Versuche zu gebrauchen, die Franzosen wieder über Deutschlands Gränzen zurück zu drücken, so hätten sie die ganze Macht ungetheilt in den Niederlanden benutzen können, und bei nicht größerem Glücke, als ihre Unternehmungen am Rheine begleitete, wäre ihnen, da das in den Niederlanden befindliche Heer ohnehin schon mehrere Festungen erobert hatte, von dieser Seite der Weg in das innere Frankreich offen geworden, wodurch leicht der ganze Gang des Krieges verändert worden wäre.

Ich glaube nicht, daß jemand mir einwenden wird: konnte Deutschland, damals noch mächtiger wie jetzt, den Einfall der Franzosen nicht abwehren: so würde der deutsche Bund es ebenfalls nicht vermocht haben. Mich dünkt, dieser Einwurf fällt von selbst weg, wenn man Folgendes bedenkt. Die

Franzosen konnten leicht berechnen, daß, da sie es zuerst mit den, eben nicht furchtbaren, Truppen geistlicher Fürsten zu thun hatten, es ihnen nicht schwer werden könnte, bedeutende Eroberungen zu machen und sich in Deutschland auszubreiten, ehe auf dem Reichstage der Krieg entschieden, und die unbehülfliche Masse, Reichsarmee genannt, mobil gemacht würde. Wirklich vergingen darüber mehrere Monate, und wie wenig ließ sich auch dann von dem Triplum der Reichsarmee erwarten. Stand an ihrer Stelle ein Heer von — 200000 Mann durchgängig wohl geübter Truppen im voraus bereit — welche ganz andere Resultate würden sich ergeben haben!

Im Besitze einer solchen achtenswerthen Macht könnte der deutsche Bund sich auch Hoffnung machen, die Rolle eines Friedensver=

mittlers mit Würde und Nachdruck überneh-
men, oder im Nothfalle einen Krieg entschei-
den zu können, statt daß Deutschland seit
Jahrhunderten, bei einer weit größern eigen-
thümlichen, aber zertheilten und nicht benutz-
ten Kraft, immer nur eine untergeordnete
und passive Rolle spielte. Nachdem im letzten
französischen Kriege das Kriegsglück die Deut-
schen im allgemeinen verlassen hatte, traten
doch noch zwei besonders glückliche Perioden
für sie ein. Die eine, als im Spätjahre
1795 die französischen Heere unter Jourdan
und Pichegrü von den österreichischen Genera-
len Clerfait und Wurmser aus dem größten
Theile ihrer Eroberungen in Deutschland zu-
rückgeschlagen wurden; die zweite, da Erz-
herzog Karl, das Jahr darauf, die Franzosen
von der Gränze Böhmens bis an ihre eigene
Gränze zurückwarf. Beide male befanden sich

die französischen Heere in einem höchst traurigen Zustande, welcher aber von den österreichschen nicht gehörig benutzt werden konnte, weil auch sie sehr gelitten hatten. Hätte sich ihnen in kurzer Zeit ein frisches Heer wohlgeübter Truppen von 200000 Mann anschließen können: so würde der Krieg höchst wahrscheinlich, einmal wie das andere, entschieden, und Deutschland gerettet worden sein. Aehnliche Begegnisse ereignen sich in jedem Kriege, und in solchen Fällen könnte es zuweilen rathsam sein, wenn der deutsche Bund das System der Neutralität auf einige Zeit verließe, um der Welt den Frieden zu erobern.

Ich besorge keinen Vorwurf zu großer Partheilichkeit für mein Project, wenn ich die Hoffnung, daß der deutsche Fürstenbund vielleicht ein Mittel zur Wiederherstellung des

europäischen Gleichgewichtes werden könnte, laut äußere: Dieses Gleichgewicht, so lange es ein Lieblingswort der Kabinetter und Politiker war, bestand wohl überhaupt mehr in der Meinung, als in der Wirklichkeit; denn seit man dieses Wort nannte, befanden sich immer in Europa zwei Mächte, welche weit vor den übrigen hervorragten, daher diese zu gerechten Besorgnissen veranlaßten. Die Zeit der Regierungen Ludwigs XV. und XVI. abgerechnet, behauptete Frankreich beständig einen Platz unter diesen Mächten; den zweiten nahm eine Zeitlang Spanien, dann Oesterreich ein; jetzt steht an dieser Stelle Rußland, auf das man vor hundert Jahren, bei Berechnung des europäischen Gleichgewichtes, noch gar keine Rücksicht nahm. Rußland und Frankreichs Macht sind freilich jede noch größer, als jemals eine zuvor; doch giebt das übrige

Europa noch jetzt eben so wohl ein Gleichgewicht gegen diese beiden übermächtigen Staaten, als sonst gegen die Mächte, von welchen man fürchtete, sie hätten die Gründung von Universalmonarchieen zur Absicht. Sollten sich einst Rußland und Frankreich zur Erreichung dieses Zweckes verbinden: so würde ihnen solches wenigstens sehr schwer werden, wenn Deutschland seine getheilten Kräfte vereinigte, und sich zu einem Staate consolidirte, um Frankreich einen festern Damm entgegensetzen zu können, als es in seinem gegenwärtigen Zustande vermag. Deutschland, im Mittelpunkte Europens gelegen, muß den Kampf um die Herrschaft über diesen Welttheil, durch Vereinigung seiner Kräfte, beträchtlich erschweren, so wie es ihn, getheilt und getrennt, dadurch erleichtert, daß es in diesem Zustande selbst eine leichte Eroberung darbietet.

Hier ist der Platz nicht, weitläuftig und erschöpfend von dem Gleichgewichte Europens zu sprechen, weil dies vielleicht allein mehr Raum erfordern möchte, als der eigentliche Gegenstand dieser Schrift. Genug, daß jeder nachdenkende Leser mir zugestehen wird, daß bei inniger Vereinigung Deutschlands eine Art von Gleichgewicht sich eher denken läßt, als bei dessen fortdaurender Getrenntheit.

Jezt noch etliche ferne Hoffnungen, welche ich flüchtig hinwerfe, ob ich gleich selbst willig gestehe, daß sie etwas kühn und sanguinisch sind.

So lange Frankreichs so hoch gestiegene Macht nicht noch fester gegründet ist, wie gegenwärtig, *) wird man es zum mindesten

*) Um mich hierbei nicht aufhalten zu müssen, verweise ich desfalls auf die schon angezogene

nicht als unmöglich betrachten können, daß Deutschland in einem künftigen Kriege anderer Mächte Gelegenheit finden könne, einige Provinzen, welche Frankreich in frühern Kriegen davon abriß, wieder zu erobern. Nicht minder möglich wäre es auch, daß der deutsche Bund, wenn Jahre seine Festigkeit und Dauer bewährt, und die dem Vaterlande so günstigen Folgen desselben sich gezeigt hätten, noch mehr Bundesverwandte bekommen könnte an benachbarten Staaten, welche sich selbst zu schützen nicht mächtig genug sind. Die Schweiz, Holland, ja vielleicht selbst die cisalpinische Republik, würden sie, wenn sich ihnen einst eine günstige Gelegenheit zeigte, nach ihrem freien Willen zu handeln, sich nicht gern einem

Schrift: Hängt Frankreichs und Europens Schicksal u. s. w.

Bunde anschließen, der ihnen Freiheit und Frieden böte und zusicherte, statt daß sie sich jetzt in einem Bunde befinden, welcher große Abhängigkeit zur Folge hat, und neben dieser erzwungene Theilnahme an Kriegen des übermächtigen Bundeshauptes? Gewiß würden Holland und Cisalpinien an dem jetzigen Kriege Frankreichs mit England nie Theil genommen haben, wenn sie Kraft genug besäßen, nach freiem Willen zu handeln.

Man lächle nicht über diesen kühnen Gedanken, welcher freilich nur bei veränderter Lage der Dinge und unter günstigen Umständen realisirt werden könnte. Die Geschichte bietet mehrere Beispiele dar, wie schnell und wie ganz unerwartet die Lage der politischen Welt sich öfters veränderte, wovon ich nur eins der neuesten anführen will. Nicht minder unwahrscheinlich, als die Verwirklichung

der oben angedeuteten Möglichkeit, hat gewiß jeder Politiker im 3ten und 4ten Jahrzehend des vorigen Jahrhunderts Preußens gegenwärtige Größe gefunden. Der Feldmarschall Seckendorf, den man doch wohl für keinen schlechten Politiker wird halten können, glaubte den König in Preußen noch im Jahre 1735 so unbedeutend, daß, als er sich einst bei Karl VI. über ihn beschwerte, er bei dem Kaiser anfragte, ob er nicht an den König schreiben und ihm einen Verweis geben sollte.*) Seckendorf dachte also wohl schwerlich, daß der Sohn desselben kleinen Königs, der Tochter seines großen Kaisers, eine ihrer

*) Man findet den Briefwechsel Seckendorfs mit Karl VI., worin diese historische Curiosität vorkömmt, in Woltmanns Geschichte und Politik, Jahrgang 1802.

schönsten Provinzen abnehmen, und hierdurch den Hauptgrund zu der nachmaligen Größe seines Staates legen würde. Gewiß wäre Preußen, ohne den so wichtigen Besitz Schlesiens, nie geworden, was es nun ist.

Doch von allen möglichen guten Folgen für die Zukunft abgesehen, wäre die Errichtung des Fürstenbundes selbst dann noch sehr zu wünschen, wenn sie auch nur den einzigen Nutzen hätte, Deutschland seine gegenwärtige Verfassung und den Frieden mehr zu sichern, als sich, meines Bedünkens, von der Anwendung irgend eines Mittels zu gleichem Zwecke erwarten läßt.

Ich erinnerte weiter oben, daß die Vereinigung der Fürsten Deutschlands zu einem gemeinschaftlichen Bunde gegenwärtig weit eher zu hoffen sei, als vor dem Lüneviller Frieden; hier zum Schlusse füge ich noch bei,

daß auch aus andern politischen Gründen eben jetzt vielleicht der glücklichste Zeitpunkt zu Schließung des Bundes sein möchte. Ohne eben Oesterreich und Preußen die Absicht bey-zumessen, das noch übrige Deutschland der-einst mit ihren Staaten zu vereinigen, läßt sich gleichwohl vermuthen, daß beide Mächte ein Ereigniß, welches ihren Einfluß auf Deutschland verminderte, sie auch in der Folge hinderte, ihre Heere zum Theil aus Deutschlands kleinern Staaten zu recrutiren, nicht gern sehen, und ihm daher Hindernisse in den Weg legen möchten, was auch von Seiten Frankreichs zu besorgen wäre. Diese Hindernisse wären jedoch wohl leicht zu besei-tigen, wenn Rußland den deutschen Bund kräftig unterstützte. Daß darüber vielleicht ein allgemeiner Landkrieg entstehen möchte, ist jetzt auch minder zu fürchten, weil die

mehresten Mächte Erhaltung der Ruhe eifrigst wünschen, um sich von jahrelangen Anstrengungen besser erholen zu können. Dagegen läßt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit hoffen, daß der russische Kaiser den deutschen Fürsten seine thätigste Verwendung nicht versagen würde, da er mit mehrern verwandt und ihr Bestes ihm angelegen ist.

Ich habe nun kürzlich dargestellt, was der Wunsch für die Erhaltung meines Vaterlandes und reiner Patriotismus mir eingaben, und schließe diese Bogen mit dem Wunsche, daß Prüfung der darin aufgestellten Sätze für das Beste Deutschlands nicht ganz ohne Erfolg bleiben möge. Weit entfernt von dem Stolze, das von mir angegebene Mittel zu Deutschlands Rettung für das einzig richtige zu halten, wünsche ich nur, daß

Prüfung desselben und ferneres Nachdenken Gelegenheit geben möge, ein untrügliches Mittel aufzufinden, welches unserm Vaterlande die feste Fortdauer seiner bestehenden Verfassung und — Ruhe zusicherte.

Druckfehler.

S. 19. Z. 8. v. o. l. 21te f. 12te.
— 47. — 9. v. o. l. 230000 f. 280000.
— 48. — 6. v. u. l. nachtheilig f. gemacht.
— 102. — 4. v. u. l. wurde f. würde.
— 132. — 1. v u. fehlt nach nicht leicht.
— 168. — 4. v. u. l. italienische f. cisalpinische.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

22

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Heinse, Gottlob Heinrich,

Der deutsche Fürstenbund nach den Forderungen des neunzehnten Jahrhunderts
ein Mittel zur Erhaltung Deutschlands und vielleicht des Gleichgewichts
von Europa

Leipzig ; Gera 1804

Germ.g. 251
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10016376-8